

# Droht ein Verlust der nationalen Kohäsion?

von Thomas Köppel

"Die Existenz der Schweiz in ihrer heutigen Form ist bedroht!" Mit diesem Warnruf gab der ehemalige Aussenminister René Felber am 13. Juni seiner abgrundtiefen Enttäuschung über das Resultat der Blauhelmabstimmung Ausdruck.<sup>1</sup> Ein Teil der Schweiz wolle offensichtlich keine Veränderung mehr, nichts, was die Gesellschaft weiterbringe, sie habe die Sicht auf die Realitäten verloren: "Auf diese Weise hat die Schweiz keinen weiteren Bestand mehr". Der Zeitpunkt sei gekommen, an dem vor allem die romanischen Minderheiten nicht mehr akzeptierten, immer wieder von der Mehrheit von Neuerungen abgehalten zu werden. Selbst eine Sezession einzelner Landesteile sei nicht mehr ausgeschlossen, meinte Felber, und er fragte: "Wie soll der Bundesrat dieses Land führen, wenn alle seine Projekte, die eine gewisse internationale Verpflichtung mit sich bringen, systematisch abgelehnt werden?"<sup>2</sup>

Sind wir wirklich so weit, dass die nationale Kohäsion<sup>3</sup> der Schweiz aus aussenpolitischen Gründen bedroht wird, dass wir durch eine

---

<sup>1</sup> Der Bund, 13. Juni 1994, S. 7. Etwas weniger pointiert, aber mit ähnlicher Aussage äusserten sich auch amtierende Bundesräte. So interpretierte zum Beispiel Bundesrat Kaspar Villiger am 20. Juni 1994 vor der Basler Handelskammer die Resultate der drei Abstimmungen vom 12. Juni ebenfalls als harte Prüfung für die nationale Kohäsion: "Diese Gräben, diese Konfrontation zwischen verschiedenen Schweizen mit unterschiedlichen Weltbildern und Werthaltungen geben zu Sorgen Anlass. In Frage gestellt wird der innere Zusammenhalt unseres Landes ..." (NZZ, 27. Juni 1994, S. 15).

<sup>2</sup> Ebenda.

<sup>3</sup> Als nationale Kohäsion wird hier ein gewisser Grundkonsens in *Kernfragen* der schweizerischen Staatsführung verstanden, Fragen wie jene über über das Verhältnis gegenüber der Umwelt, gegenüber Europa oder über die grundsätzlichen Ausgestaltung des Sozialstaates. Ein solcher Grundkonsens setzt nicht Konfliktfreiheit voraus; bei einzelnen Volksabstimmungen können die Resultate durchaus nicht der Regierungsempfehlung entsprechen. Wichtig ist die längerfristige Entwicklung. Nationale Kohäsion wird damit vor allem politisch verstanden. Gesellschaftliche Zerfallserscheinungen, wie sie in diesem Zusammenhang manchmal genannt

vermehrte Integration im gemeinsamen Haus Europa das Kind mit dem Bade ausschütten und statt der europäischen Integration die schweizerische Desintegration erreichen? Erste mahnende Stimmen in dieser Richtung sind schon alt. Als 1972 die SPS in ihrem ersten sicherheitspolitischen Konzept eine Aktivierung der Aussenpolitik verlangte, warnte zum Beispiel der damalige NZZ-Militärredaktor Erich Kägi, dass es keinen schweizerischen aussenpolitischen Konsens geben könne: "Man sollte nicht vergessen, dass an der Wurzel der schweizerischen Neutralitätspolitik auch das Unvermögen gestanden hat, die divergierenden Interessen und Ambitionen der Innerschweizer, Berner und Ostschweizer unter einen Hut zu bringen. ... Es wäre ein übler Schildbürgerstreich, den Frieden in die Welt hinaustragen zu wollen – eine sehr anspruchsvolle Einschätzung der Möglichkeiten eines Kleinstaates unter vielen – um den Preis vermehrten inneren Unfriedens."<sup>4</sup> Führt also aktiveres aussenpolitisches Engagement im Sinne des neuen sicherheitspolitischen Zieles "Beitrag an die internationale Stabilität, vornehmlich in Europa"<sup>5</sup> direkt ins innenpolitische Chaos und langfristig in die Sezession einzelner Landesteile, wie das alt Bundesrat Felber befürchtet?

Den Anstoss zu dieser Fragestellung bot das Projekt "Umfassende Risikoanalyse Schweiz"<sup>6</sup> der Zentralstelle für Gesamtverteidigung. Im Rahmen dieses Projektes wurden potentiell existenzbedrohende Risiken für die Zukunft der Schweiz in 31 verschiedenen Szenarien erfasst. Das Szenario "Verlust der nationalen Kohäsion" wurde wegen seiner katastrophalen Folgen – im Endeffekt die Auflösung der Schweiz – als eines jener Szenarien bezeichnet, die die Erfüllung der sicherheitspolitischen Ziele im Eintretensfall grundlegend in Frage stellen würden. Schon im Bericht 90 über die Sicherheits-

---

werden – etwa der Zerfall der Familienstrukturen oder das Drogenproblem – werden hier ausdrücklich ausgenommen.

<sup>4</sup> NZZ, 26. November 1972.

<sup>5</sup> Bundesrat, Schweizerischer (1990): Schweizerische Sicherheitspolitik im Wandel: Bericht 90 des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz. Bundesblatt 1990 III 847-904. Hier S. 873.

<sup>6</sup> Siehe Info Gesamtverteidigung 11 / November 1993, S. 2f; ASMZ 7,8 / Juli 1994, S. 61; Cash, 17. Juni 1994, S. 42-44.

politik der Schweiz hatte im übrigen der Bundesrat auf die Gefahr des Verlustes des Zusammenhalts hingewiesen.<sup>7</sup> Die vorliegende Arbeit ist ein erster Versuch der Abschätzung der Eintretenswahrscheinlichkeit eines solchen Szenarios. Dabei sollen vor allem einigermassen "harte" Indikatoren der – primär politischen – Kohäsion zum Zuge kommen. Anhand von Umfrageergebnissen, Abstimmungsergebnissen und Nachbefragungen soll untersucht werden, ob sich die Kohäsion tatsächlich vermindert, ob zum Beispiel den Zusammenhalt gefährdende Gräben oder Eskapismus dem Staat gegenüber tatsächlich häufiger werden.

## **1. Die sicherheitspolitische Relevanz schwindender Kohäsion**

Warum ist eine verminderte nationale Kohäsion sicherheitspolitisch überhaupt relevant? Oder anders gefragt: Darf das Phänomen "Kohäsion" überhaupt unter sicherheitspolitischen Gesichtspunkten betrachtet werden? Zwei Gründe sprechen dafür: die Sicherstellung der Regierungsfähigkeit<sup>8</sup> der Schweiz und die Gefahr der Auflösung der Willensnation.

Einerseits wird bei verminderter innerer Kohäsion speziell in der direkten Demokratie das Regieren schwieriger. Ein auf grösstmöglichen Konsens und starken Föderalismus ausgerichtetes Regierungssystem kann von relativ kleinen Splittergruppen blockiert werden. Auch eine relativ komfortable Mehrheit kann sich nicht einfach auf das Demokratieprinzip stützen, da in der Schweiz das Föderalismusprinzip und damit ein stark ausgebauter Minderheitenschutz als gleichwertiges staatsbegründendes Prinzip anerkannt wird.<sup>9</sup> Das Ständemehr hat einen eher konservierenden Effekt,

---

<sup>7</sup> Bericht 90, S. 851.

<sup>8</sup> So heisst eines der sicherheitspolitischen Ziele des Bundesrates "Wahrung der Handlungsfreiheit". Wenn dies der Bundesrat auch primär als Handlungsfreiheit gegen aussen versteht, so ist innere Handlungsfähigkeit doch ebenso wichtig. (Bericht 90, S. 874).

<sup>9</sup> Zu den tragenden Grundwerten der Bundesverfassung zählen das Rechtsstaatsprinzip, das Demokratieprinzip, das Sozialstaatsprinzip und – in diesem Zusammenhang besonders interessant – das Föderalismusprinzip (die einzelnen Bundesglieder sollen, wo immer möglich eigene, den

indem die einzelne Stimme in kleinen, vorwiegend traditionell ausgerichteten ländlichen Kantonen ein viel grösseres Gewicht hat als in bevölkerungsreichen, eher städtischen Kantonen. Neuerungen haben es deshalb tendenziell schwer, sich durchzusetzen. So besteht die Gefahr, dass die Regierungstätigkeit durch Beharren auf etablierten und allenfalls veralteten Positionen blockiert wird, was in einer sich rasch wandelnden Welt zum Sicherheitsrisiko werden kann. Die Anpassung an neue Gegebenheiten – wie zum Beispiel eine potentielle Verbesserung der militärischen Sicherheit durch vermehrte sicherheitspolitische Zusammenarbeit oder eine wirtschaftliche Absicherung durch Integration in die Europäische Union – ist dann nicht mehr möglich, selbst wenn sie vom strategischen Führungsorgan Bundesrat als nötig erachtet, vom Parlament abgesegnet und von Parteien, anderen öffentlichen Gruppierungen und weiten Bevölkerungskreisen unterstützt wird. Ein vieldiskutiertes Beispiel ist die Ablehnung des EWR-Beitritts im Dezember 1992,<sup>10</sup> bei der zwar mit 49,7% praktisch die Hälfte der Schweizer einem Beitritt zustimmten, wegen des Ständemehrs jedoch von vornherein ein bedeutend höherer Ja-Stimmenanteil nötig gewesen wäre. Das Parlament war grossmehrheitlich für die Vorlage,<sup>11</sup> auch die meisten Parteien sprachen sich positiv aus, und doch hatte die Vorlage keine Chance.

Fehlende oder kleiner werdende Kohäsion bringt andererseits längerfristig das Risiko mit sich, dass in einer sogenannten Willensnation (im Gegensatz zu einer sich als ethnische oder Sprachgruppe verstehenden Nation) die zentrifugalen Kräfte stärker werden als die einigenden und sich damit das Land auflösen könnte. Die

---

regionalen oder lokalen Bedürfnissen angepasste Regelungen treffen). (Häfelin, Ulrich; Haller, Walter (1988): Schweizerisches Bundesstaatsrecht. 2. Aufl. Zürich. S. 43-46.)

<sup>10</sup> Die sicherheitspolitische Relevanz dieser Abstimmung wurde im letztjährigen Bulletin zur schweizerischen Sicherheitspolitik untersucht.

<sup>11</sup> Die Abstimmungsergebnisse im Parlament: Nationalrat 127 ja / 61 nein, Ständerat 39 / 4. Die Parolen: CVP, FDP, SPS und verschiedene kleinere Gruppierungen sagten ja, gegen den EWR war von den Bundesratsparteien nur die SVP. Die Europadiskussion ist allerdings nicht nur ein Problem der Abstimmungsarithmetik. Auf andere Gründe wird in den folgenden Abschnitten näher eingegangen.

Romandie wendet sich Frankreich zu, das Tessin Italien, und die Deutschschweiz bleibt auf sich alleine gestellt; dies als "worst-case"-Szenario, wie es von alt Bundesrat Felber angesprochen wurde.

Eine verminderte Kohäsion zeigt sich darin, dass das Vertrauen in und letztlich der Glaube an den einigenden und gemeinsamen Staat schwindet. Dies kann sich einerseits auf einer etwas abgehobenen intellektuellen Ebene (siehe den Kulturboykott gegen die 700-Jahr-Feier der schweizerischen Eidgenossenschaft) zeigen, andererseits sehr handfest in einem messbaren Vertrauensverlust in die Exponenten des Staates, vor allem die Regierung. Dabei werden diese Exponenten des Staates recht undifferenziert perzipiert; "Bern" ist für viele Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der Bundesrat, das Parlament und gleich auch noch ein Teil der Medien. Die verschiedenen Gewalten im Staat werden kunterbunt vermischt.<sup>12</sup> Typisch dafür ist der Modebegriff der "Classe politique", unter dem alles mögliche verstanden wird und der interessanterweise vor allem von einer Gruppe von Politikern (speziell aus den Reihen der SVP, personalisiert durch Nationalrat Christoph Blocher) – mithin selbst Mitgliedern dieser „Klasse“ – gegen andere Politiker verwendet wird.

## 2. Indikatoren für verminderte Kohäsion

Welche Indikatoren können – neben einzelnen, sozusagen subjektiven Stimmen in den Medien – eine sich vermindernde Kohäsion aufzeigen? Der Zusammenhalt wird kleiner, wenn Reaktionen auf und Anpassungen an einen sich abzeichnenden Wandel nicht mehr von der grossen Mehrheit der Staatsbürgerinnen und Staatsbürger

---

<sup>12</sup> Dieses Phänomen ist im übrigen nicht etwa neu. Hans Tschäni thematisierte es schon 1974 unter dem Stichwort "Bern": "‘Bern’ – wer ist das eigentlich? Es ist nicht nur eine Reise, sondern auch eine Glosse wert: ‘Bern’ mit Gänsefüssli ist nicht der Bärengraben und nicht der ‘Zibelemärit’, ‘Bern’ ist der Bundesrat, die Bundesverwaltung, der ‘Bund’. Auch die eidgenössischen Räte sind ‘Bern’, und der Amtsschimmel und der Bundesweibel. Der Zentralstaat als tödliche Gefahr für den Föderalismus ist ‘Bern’, aber auch der ungebändigte Kantönligeist ist identisch mit ‘Bern’". (Tschäni, Hans (1975): Demokratie auf dem Holzweg: Bemerkungen zur helvetischen Dauerkrise. Artemis, Zürich. S. 50f.)

mitgetragen werden, oder wenn sich immer mehr Bürgerinnen und Bürger einfach aus dem politischen Prozess "ausklinken". In einer direkten Demokratie wie der schweizerischen lassen sich solche Entwicklungen besonders gut verfolgen. Dank dem Mittel der Volksabstimmungen kann dem Volk nicht wie in anderen Ländern nur alle vier Jahre (bei den Parlamentswahlen), sondern mehrmals jährlich der Puls gefühlt werden. Abstimmungen haben gegenüber in dieser Arbeit ebenfalls verwendeten Umfragen – mit ihren methodischen Unsicherheiten – den Vorteil, dass sie harte Fakten liefern, nämlich Stimmbeteiligung und Abstimmungsergebnis. Als Indikatorenset für diesen Beitrag wurde deshalb ein Mix von "harten" Fakten und "weichen" ergänzenden Umfragen gewählt:

- das politische Interesse,
- die Stimmbeteiligung,
- das Vertrauen in die Regierung,
- damit verbunden die Zufriedenheit mit diesen Exponenten,
- die Einhaltung oder Nichteinhaltung von Empfehlungen von Bundesrat und Parlament (anhand einer Analyse der Abstimmungsergebnisse)
- unterschiedliches Abstimmungsverhalten von sozio-demographischen oder kulturellen Gruppen (die sogenannte "Gräben"-Diskussion)

Untersuchen wir nun die verschiedenen Indikatoren für verminderte Kohäsion der Reihe nach:

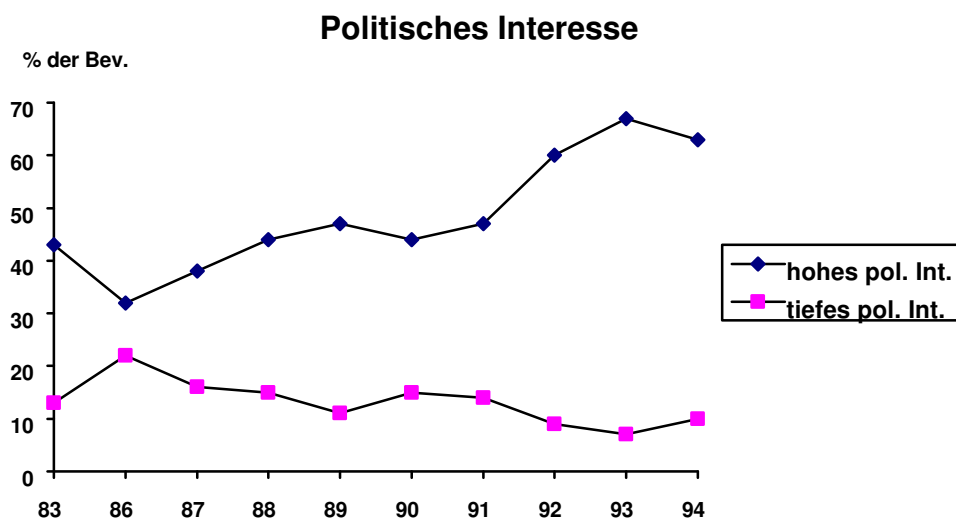
### **Steigendes politisches Interesse**

Laut den Univox-Umfragen zum Thema Staat<sup>13</sup> ist das Interesse der Schweizerinnen und Schweizer an der Politik entgegen dem allgemeinen Empfinden in den letzten Jahren wieder stark angestiegen. Der gleiche Befund wurde in einer mehrere Befragungen

---

<sup>13</sup> Klöti, Ulrich; Schloeth, Daniel (1994): Univox-Bericht IIA/1994: Staat. GfS-Forschungsinstitut, Zürich. (Laufende Erhebung). Die in dieser Studie zitierten Prozentzahlen sind wie in jeder Befragung Antworten auf jeweils spezifische Fragen und enthalten deshalb schon in der Anlage der Befragung gewisse Unsicherheiten. Dies gilt es jeweils bei der Auswertung zu berücksichtigen. Bei problematischen Fällen wird jeweils in den Anmerkungen auf die Frage spezifisch Bezug genommen.

zusammenfassenden Studie zum Thema "Unterstützung von Bundesrat und Verwaltung" diagnostiziert. Seit einem Tief im Jahre 1986 steigt laut dieser Studie das politische Interesse in der Bevölkerung wieder steil an und erreichte 1993 das gute Resultat von 67%.<sup>14</sup> Die Autoren betonen in ihrer begleitenden Analyse, wie wichtig ein hohes politisches Interesse für die direkte Demokratie sei; ohne überdurchschnittliches Interesse, Motivation und Information der Bürger würde sie nicht funktionieren.<sup>15</sup>



*Abbildung 1: Politisches Interesse der Schweizer, nach Longchamp, Claude; Kraut, Peter; Raymann, Ursula (1994): Unterstützung von Bundesrat und Verwaltung. Wandlungen im Verhältnis von Bürgerschaft und Regierung in der Mitte der neunziger Jahre als Herausforderungen an eine offene Staatstätigkeit. GfS-Forschungsinstitut, Adliswil. S. 15.*

Die sich abzeichnende Repolitisierung führen die Autoren auf die Schwierigkeiten zurück, die die politischen Eliten (vor allem die Parteien) hätten, Antworten auf die heutigen komplexen Probleme zu geben. Die Reaktion auf dieses als "Versagen" der etablierten

<sup>14</sup> Longchamp, Claude; Kraut, Peter; Raymann, Ursula (1994): Unterstützung von Bundesrat und Verwaltung. Wandlungen im Verhältnis von Bürgerschaft und Regierung in der Mitte der 90er Jahre als Herausforderungen an eine offene Staatstätigkeit. GfS-Forschungsinstitut, Adliswil. S. 15.

<sup>15</sup> Ebenda, S. 10.

Entscheidungsträger empfundene Verhalten sei eine Repolitisierung der Einzelnen.<sup>16</sup>

Hintergründe zum politischen Interesse zeigt eine Qualitativanalyse von 1989 auf: Im Rahmen des nationalen Forschungsprogramms 21 "Kulturelle Vielfalt und nationale Identität" untersuchte Regula Stämpfli die politische Kultur in unserem Land. Sie stiess dabei auf überraschende Befunde: Zwar zeigte auch in dieser Befragung ein grosser Teil politisches Interesse (40% bezeichneten ihr Interesse als stark, 28% immerhin als mässig, 32% waren kaum interessiert).<sup>17</sup> Das Interesse war aber bei den meisten ein durch negative Ereignisse geprägtes. Der Terminus "Politik" wurde vorwiegend mit schlechten Eigenschaften belegt. Nur 23% empfanden Politik als positiv, 28% als indifferent, 49% – beinahe die Hälfte – als negativ. Die konkreten Antworten unterschieden denn auch zwischen positiv belegter direkter Demokratie und negativ belegter Politik. Politik machten nach Meinung der meisten "die anderen". Stämpfli zog das Fazit: "Politik ist nicht Bestandteil des individuellen Alltags, sondern eine unangenehme Nebenerscheinung der schweizerischen Demokratie."<sup>18</sup> Die meisten der Befragten lösten dabei den Widerspruch zwischen positiv besetzter Demokratie und negativ besetzter Politik auf, indem sie darauf hinwiesen, dass durch die Mittel Initiative und Referendum falsche politische Entscheide der Politiker jederzeit wieder korrigiert werden könnten.<sup>19</sup> Hohes politisches Interesse muss damit nicht unbedingt mit Zufriedenheit mit dem politischen Prozess übereinstimmen.

---

<sup>16</sup> Ebenda, S. 15.

<sup>17</sup> Stämpfli, Regula (1992): Politische Kultur im Wandel: Eine Sekundäranalyse der Qualitativstudie. Forschungszentrum für politische Wissenschaft der Universität Bern. Unveröffentlichte Studie. S. 24. Für die Studie wurden 100 repräsentativ ausgewählte Schweizerinnen und Schweizer persönlich befragt.

<sup>18</sup> Ebenda, S. 9.

<sup>19</sup> Ebenda, S. 11. So meinte eine der Befragten: "Die Herren in Bern müssen machen, was wir sagen. Jeder, der findet, nun müsse etwas geändert werden, kann eine Initiative starten und diese vor das Volk bringen." (Serviertochter, 34).

Bedeutend weniger erfreulich in bezug auf das politische Interesse sehen die Resultate der Rekrutenbefragungen 1991 aus. Danach ist nur ein Viertel der 20jährigen Männer politisch interessiert, die Hälfte "ein bisschen" und der Rest gar nicht. Interessant ist die regionale Aufteilung: Am meisten politisches Interesse zeigten die Baselländer, Zürcher und Schaffhauser, alles Deutschschweizer, aber auch die Genfer, die die "Ehre" der Westschweiz retteten. Durchgehend schlecht kamen die lateinischen Landesteile allerdings bei den politischen Kenntnissen weg: Während die Thurgauer im Test im Schnitt 70 Punkte erreichten, erhielten die Tessiner ganze 26, wobei mit Ausnahme des Kantons Jura, der knapp darüber lag, alle welschen Kantone zusammen mit Graubünden und Zug unter 40 Punkten lagen. Fast ein Drittel der Rekruten gab an, dass ein wichtiger Grund ihres Desinteresses schlechter und langweiliger Staatskundeunterricht sei. Auch die wirtschaftlichen Kenntnisse waren eher ungenügend. Nur die Hälfte wusste zum Beispiel, was ein Konsumentenpreisindex ist.<sup>20</sup>

Damit zeigt es sich, dass das politische Interesse allgemein wieder im Ansteigen begriffen ist, speziell wenn es sich um umstrittene Themen wie die Armeeabschaffung oder den EWR-Beitritt handelt. Wenn sich dieses Interesse auch öfters vor allem als Korrektiv gegen "Bern" und die "Classe politique" äussert, ist das Bewusstsein der Wichtigkeit demokratischer Mitwirkung doch vorhanden. Das schwache Interesse der Jungen weist allerdings darauf hin, dass gesamthaft gesehen dieses Interesse wieder abflauen wird, wenn die Jungen ihr Desinteresse beim Älterwerden beibehalten. Eine Verbesserung könnte hier ein interessanterer und realitätsnäher gestalteter Staatskundeunterricht bringen, ein Postulat, das im übrigen in letzter Zeit mehrmals vorgebracht wurde.<sup>21</sup>

---

<sup>20</sup> Zusammenfassung der Rekrutenprüfung in: Schenk, Willy (1994): Bundespolitik interessiert die Welschen und Tessiner kaum. Tages-Anzeiger. 10. Mai. S. 11.

<sup>21</sup> So zum Beispiel Langenbacher, Heinz; Schweizerische Gesellschaft für Aussenpolitik (1994): Braucht die schweizerische Aussenpolitik eine Lobby? Staatsbürger, 2. S. 21-22.

## Wieder höhere Stimmbeteiligung

Politisches Interesse muss sich nicht unbedingt direkt auf das Stimmverhalten auswirken. Wenn an sich politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger nicht an Abstimmungen und Wahlen teilnehmen – zum Beispiel weil sie ihren Einfluss als zu klein einschätzen oder eben weil sie mit der Politik unzufrieden sind –, kann dies die innere Kohäsion gefährden. Kleine, extremistische Splittergruppen können so ihren Einfluss vergrössern, die Politik entfernt sich immer mehr vom Volk. Im Rahmen der spätestens seit der Volksabstimmung vom 12. Juni 1994 aufgekommenen Staatskrisendiskussion wurde denn auch immer wieder auf die Stimmbeteiligung hingewiesen.

Interessanterweise ist die Stimmbeteiligung in letzter Zeit aber nicht gefallen, im Gegenteil: Während in der Legislaturperiode 1979-83 bei Sachentscheiden im Mittel nur 35% der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger abstimmten, zeigt seit damals der Trend wieder klar aufwärts. Trotz hoher Beanspruchung durch viele Abstimmungen ist die schweizerische Demokratie momentan in einem Beteiligungshoch: 1992-93 stimmten im Schnitt 49% ab, was laut Longchamp einen neuen Rekord seit dem Beginn der Konkordanz darstellt. Etwas weniger positiv sieht es bei den Nationalratswahlen aus. Seit 1979 stagnieren die Werte etwas unter der 50%-Marke. Volksabstimmungen werden damit tendenziell wichtiger als Wahlen, bei denen in den sechziger Jahren noch rund 2/3 der Stimmbürger mitmachten. Rund 80% der Stimmbürger bezeichnen sich heute als gelegentliche Urnengänger. Die Basis von potentiell Abstimmenden ist damit relativ solid, was sich bei sehr umstrittenen Urnengängen zeigt, bei denen dieses Potential grossenteils ausgeschöpft wird.<sup>22</sup> Gelegentlich wählen gehen hingegen nur etwa sechs von zehn.<sup>23</sup>

Untersucht man die Stimmbeteiligung nach Altersgruppen, stellt sich der Einfluss des Alters auf die Stimmbeteiligung als recht gross heraus. Während von den 60-69jährigen nach eigenen Angaben – bei der Vox-Analyse handelt es sich um eine Nachbefragung –

---

<sup>22</sup> Zum Vergleich: Stimmbeteiligung bei der EWR-Abstimmung 78,3%, bei der Armeeabschaffungsinitiative 68,6%.

<sup>23</sup> Daten aus Longchamp et al. (1994), S. 13.

67% abstimmen, sind es bei den 20-29jährigen nur 45%.<sup>24</sup> Junge Frauen stimmen etwa gleich oft wie junge Männer ab, ältere Frauen bis 20% weniger häufig. Die Unterschiede haben sich in den letzten zehn Jahren interessanterweise nicht verändert.

Auch der Indikator Stimmbeteiligung spricht damit nicht für eine verminderte Kohäsion der Schweiz. Im Gegenteil: die Beteiligung am staatlichen Entscheidungsprozess wird eher wieder höher. Die Stimmbeteiligung allein sagt aber noch nicht allzuviel über die Kohäsion aus. Referenden können zum Beispiel dazu verwendet werden, um als reine Misstrauenskundgebungen die Regierung potentiell handlungsunfähig zu machen. Deshalb sollen nun Indikatoren untersucht werden, die die Zufriedenheit und die Übereinstimmung mit der Regierung sowie die verschiedenen "Gräben" aufzeigen.

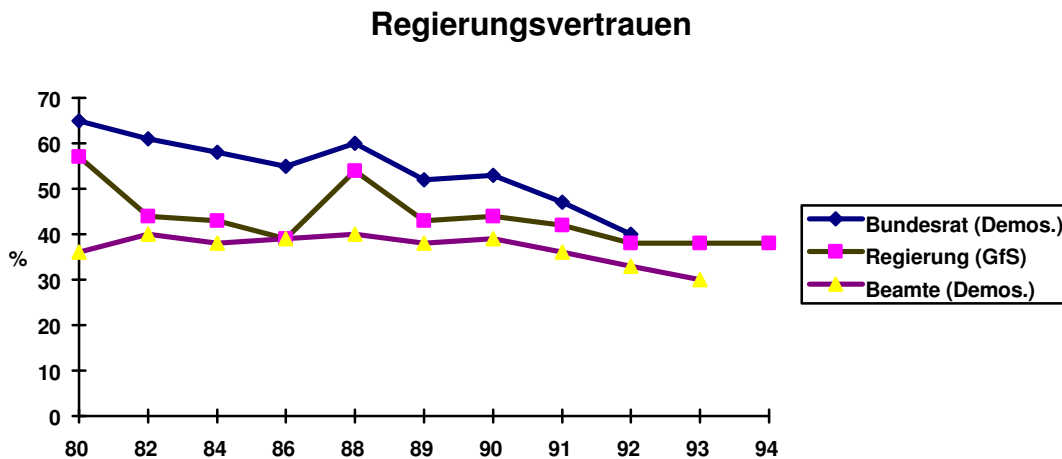
### **Stark sinkendes Vertrauen in die Regierung**

Verschiedene Meinungsforschungsinstitute untersuchen schon seit Jahren die Zufriedenheit mit der schweizerischen Regierungstätigkeit. Ein Zusammenschluss der Zahlen zeigt auf, dass das Vertrauen in die Regierung tatsächlich stark sinkend ist.

Unabhängig davon, ob nach der Regierung als Ganzem, nach dem Bundesrat oder den Beamten gefragt wird, sprechen weniger als 50% der Bevölkerung ihr Vertrauen aus. Speziell der vorher recht hohe Vertrauenswert für den Bundesrat ist seit etwa 1989 richtiggehend abgestürzt.

---

<sup>24</sup> Dütschler, Christian (1994): Der Einfluss des Alters auf das politische Verhalten. Neue Zürcher Zeitung. 15. Februar. S. 23. Dütschler zog die Resultate der Vox-Befragungen von 1981 bis 1991 zusammen und konnte so auf die Aussagen von 20'000 Stimmbürgern abstellen. Diese Zahlen sind übrigens verglichen mit der tatsächlichen Stimmbeteiligung zu hoch (1992-93 lag die Stimmbeteiligung im Schnitt bei 49%). Dies hängt mit der Methode der Nachbefragung zusammen, bei der anscheinend regelmässig ein Teil jener, die nicht stimmten, angibt, stimmen gegangen zu sein. Im Verhältnis sollten die Zahlen aber richtig sein.



*Abbildung 2: Vertrauen in die Regierung. Zusammenzug mehrerer laufender Umfragen, wobei jeweils nach der Zufriedenheit mit Bundesrat, Regierung als Ganzes und den Beamten gefragt wurde. Quelle: Longchamp, Claude; Kraut, Peter; Raymann, Ursula (1994): Unterstützung von Bundesrat und Verwaltung. Wandlungen im Verhältnis von Bürgerschaft und Regierung in der Mitte der neunziger Jahre als Herausforderungen an eine offene Staatstätigkeit. GfS-Forschungsinstitut, Adliswil. S. 34.*

Die Univox-Umfrage zum Thema Staat stellt eine ähnliche Frage, nämlich jene nach der Zufriedenheit mit der Regierung. Auch hier sinken die Zustimmungswerte laufend. Nur noch 40% sind mit der Art zufrieden, wie in der Schweiz regiert wird. 18% sind unzufrieden, volle 41% sind in dieser Frage unentschieden. Wie Abbildung 3 aufzeigt, ist in letzter Zeit auch die Unzufriedenheit wieder leicht sinkend, ansteigend dafür der Anteil jener, die unentschieden sind. Immer mehr Leute wissen anscheinend nicht mehr, was sie von der Regierungstätigkeit halten sollen, oder sie interessieren sich nicht dafür.

Ebenfalls sinkendes Vertrauen zeigt die Univox-Umfrage zu den Themen Bedrohung und Verteidigung auf. Während von 1987 bis 1991 jeweils um die 60% der Befragten meinten, die Fähigkeit des Bundesrates, ausserordentliche Lagen zu meistern, sei gut oder eher gut, war diese Zustimmung 1993 kleiner. Nur noch 46% meinten, der Bundesrat würde sich in solchen Situationen sehr gut oder gut verhalten, 30% schätzten seine Problemlösungskapazität als genügend ein, 18% als schlecht.<sup>25</sup>

<sup>25</sup> Riklin, Alois; Möckli, Silvano (1994): Nichtmilitärische Bedrohung und Verteidigung im Urteil der Schweizerinnen und Schweizer. (Beiträge und

## Zufriedenheit mit der Regierungstätigkeit

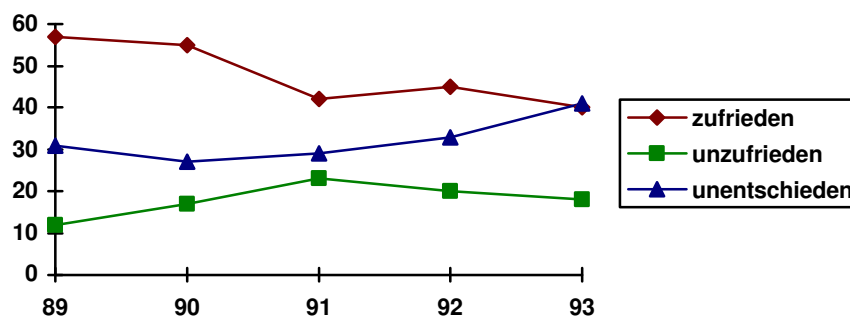


Abbildung 3: Zufriedenheit mit der Regierungstätigkeit. Quelle: Klöti, Ulrich; Schloeth, Daniel (1993): Staat 1993 (Univox-Bericht IIA): Staat. GfS-Forschungsinstitut, Zürich. S. 10.

Eine der neuesten Umfragen ist schliesslich die Vox-Analyse zu den Volksabstimmungen vom 12. Juni 1994 (Blauhelme, Kulturartikel, erleichterte Einbürgerung von Ausländern). Der zentrale Befund dieser Befragung ist ebenfalls ein stark gestiegenes Misstrauen gegenüber dem Bundesrat: Mit 52% hat mehr als die Hälfte der Bevölkerung kein Vertrauen mehr in die Landesregierung, nur ein Drittel hat noch Vertrauen. Eine Zahl zum Vergleich: Bei der Nachbefragung zur EWR-Abstimmung war der Misstrauensfaktor mit 42% noch klar unterhalb 50%.<sup>26</sup>

Zeichen einer allgemeinen Glaubwürdigkeitskrise der wichtigsten Exponenten staatlichen Handelns zeichnen sich im mehrjährigen

---

Berichte des Instituts für Politikwissenschaft an der Hochschule St. Gallen, 216.) Institut für Politikwissenschaft an der Hochschule St. Gallen. S. 13. Da die Fragestellung 1993 gegenüber früheren Umfragen leicht geändert wurde (die Kategorien waren 1993 "sehr gut/gut", "genügend", "schlecht". Vorher hatten sie "gut/eher gut", "eher ungenügend/ungenügend" gelautet), ergeben sich allerdings gewisse Unsicherheiten bei der Interpretation dieses Resultats.

<sup>26</sup> Wernli, Boris; Sciarini, Pascal; Barranco, José (1994): Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 12. Juni 1994 (Vox, Nr. 53). GfS-Forschungsinstitut; Abteilung für Politikwissenschaft der Universität Genf. S. 45.

Trend damit doch recht klar ab. Obwohl die Umfragen nicht komplett übereinstimmen, ist in allen die Zufriedenheit mit der Regierung und deren Glaubwürdigkeit auf unter 50% abgesunken – wenn auch bei sehr hohen Unentschiedenenzahlen. Dass mehr als die Hälfte der Bevölkerung mit der Art der Regierungsführung unzufrieden ist, ist ein alarmierendes Zeichen, würde dies doch in einem parlamentarischen Regierungssystem konsequenterweise einen Regierungswechsel nach sich ziehen.

Bevor wir nun diese Vertrauenskrise einer Überprüfung im Einzelfall unterziehen, nämlich anhand der Befolgung der Regierungsempfehlungen bei Abstimmungen, folgen einige Überlegungen zu den Gründen für diese Krise. Longchamp sieht in seiner Studie über des Regierungsvertrauen das Jahr 1989 als die grosse Bruchstelle und nennt dafür zwei markante Ereignisse: den sogenannten Kopp-Skandal mit dem erzwungenen Rücktritt von Bundesrätin Elisabeth Kopp und die Fichenaffäre. Beide Ereignisse haben Fehlverhalten der Regierung aufgedeckt, und die beiden parlamentarischen Untersuchungskommissionen haben mindestens den Anschein von Verschleierungsversuchen seitens der Regierung gerügt. Longchamp sieht als weitere Gründe die sich verschlechternde Wirtschaftslage, eine stärkere Medialisierung der Politik, die damit transparenter, aber auch verletzlicher wird, populistische Kritik an Behörden und schliesslich die Integrationsdebatte.<sup>27</sup> Dem Regierungsvertrauen nicht zuträglich sind auch bundesrätliche Schwenker wie jener über den jetzt angeblich doch möglichen Bau der N9 im Wallis nach der Annahme der Alpeninitiative oder die Mitte September 1994 angekündigte und nach wenigen Tagen – oder beinahe Stunden – zurückgenommene Ankündigung, 1995 den Teuerungsausgleich auf die AHV-Renten nicht zu gewähren. Prägnant drückte der informelle "Gegenbundesrat" Nationalrat Christoph Blocher seine Unzufriedenheit über dieses bundesrätliche Verhalten aus, das zwar im Moment eher atmosphärische Folgen hat, aber mittelfristig doch zu einer weiteren Erosion des Regierungsvertrauens führen kann: "Das Volk hat bei der Alpeninitiative beispielsweise nicht über irgendein Paragräphli und auch nicht über die N9 abgestimmt. Da steckte eine ganze Philosophie über den Schwerverkehr dahinter. Das muss man akzeptieren.

---

<sup>27</sup> Longchamp et al. (1994), S. 37-39.

Eine negative Volksabstimmung bedeutet in der Regel einen Richtungswechsel. Doch die oberste Regierung hat das trotz der vielen Nein nicht begriffen."<sup>28</sup>

Eine monokausale Erklärung des Misstrauens des Volkes machte hingegen Blochers Parteikollege, SVP-Präsident Hans Uhlmann, aus. In einem Interview zu den Resultaten der Volksabstimmungen vom 12. Juni 1994 war er der Ansicht, die Vertrauenskrise sei eine *rein aussenpolitische Krise*. "Im innenpolitischen Bereich gibt es keine Vertrauenskrise: Wir haben da zum Beispiel die Mehrwertsteuer und den Benzinzollzuschlag durchgebracht. Aber im Aussenpolitischen reagiert das Volk auf einen Druck, der von oben ausgeübt wird, mit Gegendruck."<sup>29</sup>

Ob das Schweizervolk tatsächlich nur eine Unlust gegenüber Druck von oben hat oder ob die Probleme doch tiefer liegen, lässt sich anhand einer Analyse jener Volksabstimmungen aufzeigen, bei denen in den letzten Jahren den Abstimmungsempfehlungen von Bundesrat und Parlament nicht Folge geleistet wurde.

### **Mehrheitliche Befolgung der Empfehlungen von Bundesrat und Parlament**

Nach dem bis anhin Gesagten wäre eigentlich zu erwarten, dass eine Untersuchung der Volksabstimmungen der letzten Jahre eine grössere Ablehnungsrate von bundesrätlichen und parlamentarischen Vorlagen sowie eine vermehrte Annahme von Volksinitiativen aufzeigen würde. Dies ist aber nicht der Fall. Vom 4. Dezember 1988 bis zum 25. September 1994 entschied das Volk von 62 Vorlagen nur deren 11 entgegen dem Willen des Bundesrates. Dies entspricht einer recht eindrücklichen Zustimmungsrate von 82%. Die Liste der entgegen den Empfehlungen abgelehnten Referenden

---

<sup>28</sup> Duttweiler, Catherine (1994): "Ich werde nie ein Politiker sein, der von der Volksgunst weggetragen wird" (Interview mit Christoph Blocher). Sonntags-Zeitung. 24. Juli. S. 5.

<sup>29</sup> Aschinger, Richard; Buess, Urs (1994): EU- und Uno-Beitritt müssen aus dem Vokabular verschwinden (Interview mit Hans Uhlmann). Tages-Anzeiger. 8. Juli.

respektive angenommenen Volksabstimmungen zeigt dabei ein uneinheitliches Bild:<sup>30</sup>

- Rebbaubeschluss (1990)
- Atomkraftmoratorium (1990)
- Bundesrechtspflege (1990)
- Bundesfinanzordnung (unter anderem Mehrwertsteuer) (1991)
- EWR-Beitritt (1992)
- Entschädigungsgesetz (Parlamentsreform) (1992)
- Infrastrukturgesetz (Parlamentsreform) (1992)
- Alpeninitiative (1994)
- Kulturförderung (wobei nur das Ständemehr fehlte) (1994)
- Erleichterte Einbürgerung (wobei nur das Ständemehr fehlte) (1994)
- Blauhelme (1994)

Auf den ersten Blick scheinen diese Vorlagen recht breit gestreut zu sein und kaum einen gemeinsamen Nenner aufzuweisen. Sie entstammen verschiedensten Sachgebieten, wobei bei den meisten dieser Gebiete im gleichen Zeitraum auch für die Regierung positive Resultate registriert werden können. Eine Gemeinsamkeit lässt sich allerdings erkennen: drei dieser Vorlagen hatten eine direkte aussenpolitische Relevanz (EWR, Alpeninitiative, Blauhelme), wobei der EWR-Beitritt eine neue – integrationsfreundliche – Ära der schweizerischen Aussenpolitik hätte einläuten sollen. Im gleichen Zeitraum wurde denn auch nur eine einzige aussenpolitisch relevante Vorlage angenommen – der Beitritt zu den Institutionen von Bretton Woods –, und jene wurde vor allem mit einer *aussenwirtschaftlichen* Argumentation propagiert.

Damit drängen sich zwei Folgerungen auf: Die Vertrauenskrise gegenüber der Regierung hat (noch?) nicht auf das Abstimmungsverhalten durchgeschlagen, und die Krise ist zu einem grossen Teil eine aussenpolitische Krise. Letzteres muss speziell betont werden, wenn man – wie es in der Abstimmungspropaganda öfters geschah – die Blauhelm-Abstimmung als eine Wiederholung des Uno-Plebiszits von 1986 interpretiert.

---

<sup>30</sup> Eigene Aufstellung nach Politischem Jahrbuch der Schweiz und Tabelle der Volksabstimmungen der Bundeskanzlei.

Ähnliche Folgerungen zieht Longchamp in seiner schon erwähnten Untersuchung. Auch er kontrastiert das mangelnde Vertrauen mit der hohen Zustimmung zu Sachvorlagen. Als Beispiele von Vorlagen, die durch eine Vertrauenskrise potentiell schwer gefährdet waren und doch im Sinne der Regierung entschieden wurden, verweist er auf die Annahme der Mehrwertsteuer nach drei vergeblichen Anläufen, auf die Ablehnung der F/A-18 Initiative, die immerhin eine rekordverdächtige Anzahl Unterschriften auf sich vereinigte, und auf die Erhöhung der Treibstoffzölle (alle Abstimmungen 1993), die mit dem Widerspruch der Autofahrerinnen und Autofahrer die grösste denkbare Verweigerergruppe herausgefordert hatte. Diesen Widerspruch erklärt Longchamp vor allem mit der guten Informationsleistung von Regierung und Verwaltung; sie sei in letzter Zeit besser, verständlicher und glaubhafter geworden.<sup>31</sup> Beim fehlenden Regierungsvertrauen seien nachhaltige Konflikte auf der Wertebene vorhanden, die sich nicht so leicht überwinden liessen, während der Bundesrat bei den einzelnen Abstimmungen seine Argumentation je länger, je besser führe.

Weiteren Aufschluss darüber, warum Regierungszufriedenheit und reales Abstimmungsverhalten so weit auseinanderklaffen und ob die Aussenpolitik im allgemeinen und Europa im besonderen tatsächlich ein Hauptgrund für den Vertrauensverlust sind, kann die sogenannte "Gräben"-Diskussion bringen. Die Bruchlinien innerhalb der Bevölkerung sollten eigentlich erklären können, warum aussenpolitische Vorlagen besonders gefährdet scheinen oder zumindest besonders hohe Wellen werfen und wer nun genau besonders grosses Misstrauen gegenüber der Regierungspolitik hegt, die sich ja in letzter Zeit gerade durch mehr oder weniger dezidierte Stellungnahmen zugunsten Europas auszeichnete.

### **Unterschiedliche Relevanz verschiedener Gräben**

Einer der meistzitierten Indikatoren für ein mögliches Auseinanderdriften der Schweiz ist die Entstehung von verschiedenen "Gräben" zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Der bekannteste, aber lange nicht der einzige, ist der volkstümlich "Röstigraben" genannte kulturelle und politische Kontrast zwischen Deutschschweizern und Romands. Über die Gräben ist so viel

---

<sup>31</sup> Longchamp et al. (1994), S. 51-54.

geschrieben worden, dass hier nur ansatzweise auf einige Resultate eingegangen werden kann. Immerhin weisen die verschiedenen Untersuchungen doch einige Gemeinsamkeiten auf, die im folgenden aufgezeigt werden.

Richtig ins Rollen kam die Diskussion um die schweizerischen Gräben mit der EWR-Abstimmung, die auf den ersten Blick klar auf einen Bruch zwischen den Landesteilen hinwies. Der Röstigraben ist allerdings schon länger bekannt und war nicht immer ein *Euro-pagraben*. Man könnte ihn je nach Abstimmung auch als Automobilgraben oder Umweltschutzgraben bezeichnen.

Thomas Widmer und Christoph Buri untersuchten bereits vor der EWR-Abstimmung, ob und warum die Westschweizer Europa gegenüber offener eingestellt sind.<sup>32</sup> Als Determinanten dieser Europaoffenheit vermuteten sie die sozio-demographische Struktur, die Skepsis der Minderheit Romandie gegenüber "Bern", eine möglicherweise grössere Affinität der Romands gegenüber ihrem gleichsprachigen Nachbarn, die grössere Präsenz internationaler Organisationen in der Westschweiz und die wirtschaftliche Dominanz der Deutschschweiz. Sozio-demographische und politische Faktoren stellten sich dabei als in der Deutsch- und in der Westschweiz nicht signifikant unterschiedlich heraus.<sup>33</sup> Im weiteren wurden kulturelle Faktoren untersucht. Um ein eventuelles "Minderheitensyndrom" aufzeigen zu können, analysierten die Autoren 70 nationale Volksabstimmungen zwischen 1981 und 1991. Die Westschweiz unterlag dabei als Gruppe 13mal, das Tessin 12mal, die Deutschschweizer Minderheiten (zum Beispiel die Ostschweiz) hingegen nur je 5 oder 6mal, der Kanton Zürich allein 9mal. Immerhin 38 von 70 Abstimmungen waren vom Resultat her homogen.<sup>34</sup> Der Röstigraben ist damit nach Meinung der Autoren politisch relevant. Die Elemente zur Entstehung eines Minderheitensyndroms seien vorhanden, speziell da die Romands sensibler auf solche Niederlagen reagierten als zum Beispiel die ebenfalls

---

<sup>32</sup> Widmer, Thomas; Buri, Christoph (1992): Brüssel oder Bern: schlägt das Herz der "Romands" eher für Europa? In: Schweizerisches Jahrbuch für politische Wissenschaft. Bd. 32. Haupt, Bern. S. 363-388.

<sup>33</sup> Ebenda, S. 373.

<sup>34</sup> Ebenda, S. 376f.

öfters majorisierten Zürcher. Deshalb – dies die These der Autoren – seien die Romands eher integrationsfreundlich, da sie sich von einem föderal aufgebauten Europa ein Aufbrechen ihrer Minderheitsposition erhofften: "Unter diesem Aspekt scheinen sich die Deutschschweizerinnen und Deutschschweizer als praktisch sichere Verlierer, die anderen Sprachgruppen hingegen – aus einer optimistischeren Erwartungshaltung heraus – zumindest als potentielle Gewinner eines zukünftigen EG-Beitritts der Schweiz zu sehen."<sup>35</sup> Schliesslich wurden noch andere Faktoren wie der Kontakt mit dem Ausland untersucht. Für eine grössere Offenheit der Romands gegenüber Europa oder zumindest den Nachbarn sprach ebenfalls, dass 48% der Romands die meisten Franzosen sympathisch finden, nur 9% der Deutschschweizer hingegen die Deutschen.<sup>36</sup>

In Nachbefragungen zur EWR-Abstimmungen und anderen europapolitisch relevanten Abstimmungen hat sich der "Rösti-Europa-Graben" bestätigt. So betonten die Autoren der Vox-Analyse die Rolle der Deutschschweiz: "Genau genommen sind es die Deutschschweizer, welche in der Regel zuhause bleiben, die den EWR massiv verworfen haben."<sup>37</sup> Allerdings wiesen sie auch auf einige andere Konfliktlinien hin, neben der sprachlichen vor allem auf die "populistische" (misstrauische Bürger versus jene, die dem Bundesrat vertrauen).<sup>38</sup> Auch andere Kommentatoren waren der Ansicht, der Röstigraben sei nicht der einzige Graben, der die Schweizer in Integrationsfreunde und -feinde spalte. So rückten weitere Gräben in den Vordergrund, vor allem wirtschaftliche und sozio-kulturelle.

---

<sup>35</sup> Ebenda, S. 379.

<sup>36</sup> Ebenda, S. 380. Grossen Wert auf das Argument der besonderen Zuneigung der Romands gegenüber Frankreich legen auch andere Autoren, so zum Beispiel Hoesli, Eric (1992): Kann Europa die Schweiz sprengen? In: Sonderfall? Die Schweiz zwischen Redit und Europa. (Hg.: Leimgruber, Walter; Christen, Gabriela) Schweizerisches Landesmuseum, Zürich. S. 91-100. Hier S. 96f.

<sup>37</sup> Kriesi, Hanspeter; Longchamp, Claude; Passy, Florence et al. (1993): Analyse des votations fédérales du 6 décembre 1992. GfS-Forschungsinstitut; Universität Genf, Genf. S. 78.

<sup>38</sup> Ebenda, S. 75.

Das Umfrageinstitut MIS Trend und Groupe Edipresse befragten anfangs 1994 256 "Opinion Leaders" in der ganzen Schweiz zu diesem Themenkreis.<sup>39</sup> Nur 14% der Befragten sahen dabei den Sprachgraben als Hauptproblem. 61% meinten, der Stadt/Land-Gegensatz sei gewichtiger, 31% fanden, der wichtigste Graben sei jener der unterschiedlichen Ausbildung. Die Umfrage selbst zeigte allerdings noch einen weiteren Graben auf, denjenigen zwischen den Einschätzungen der Opinion Leaders und jenen des Volks: 77% der Opinion Leaders waren für einen schnellen EU-Beitritt, sogar 84% für einen Beitritt zur Uno! Allerdings glaubte nur die Hälfte der Befragten, dass sich diese Ziele vor 2000 erreichen liessen. Was den "Nouveau Quotidien" zum Kommentar veranlasste: "Comme si les faiseurs d'opinion et les décideurs doutaient de leurs capacités à faire passer le message."<sup>40</sup>

Einen weiteren Schub von Analysen, wer nun wirklich in der Schweiz die Integrationsfreundlichen und Weltoffenen seien und wer nicht, folgte der Blauhelmabstimmung vom 12. Juni 1994. Eine Auswertung der Abstimmungsergebnisse der 381 Berner Gemeinden<sup>41</sup> zeigt vor allem grosse Unterschiede zwischen den reichen und den armen Gemeinden. Dieser Unterschied allein erklärt laut den Verfassern 47% des Abstimmungsverhaltens. So stimmten Gemeinden mit Pro-Kopf-Reineinkommen von über 25'000 Fr. der Vorlage zu 59,6% zu, Gemeinden mit Einkommen von 12'000 bis 25'000 Fr. erreichten 44,2% ja, solche mit unter 12'000 Fr. nur noch 21,3%. Ähnliche Ergebnisse zeigten sich bei der Untersuchung der verwandten Indikatoren Bildung und Stadt/Land-Gefälle (Abstand von den Wirtschaftszentren). Zu den schon vielfach untersuchten Konflikten um den Verlust der nationalen Identität und zum Modernisierungskonflikt kommt damit laut den Autoren ein rein finanzieller Verteilungskonflikt. Tatsächlich lagen die Gemeinden mit den höchsten Nein-Stimmen-Anteilen in der Nähe des 'EMD-geschädigten' Thun. Dort sei nach dem Schema abgestimmt worden, 'wenn das EMD kein Geld für Arbeitsplätze in Thun hat, soll

---

<sup>39</sup> Le Nouveau Quotidien, 25. März 1994.

<sup>40</sup> Ebenda.

<sup>41</sup> Vatter, Adrian; Kummer, Lorenz; Hug, Daniel (1994): Ein Blauhelm-Graben zwischen Reich und Arm. Der Bund, 15. Juni. S. 2.

es auch kein Geld für Blauhelme haben'. Damit hätten sich trotz einigen Differenzen zur EWR-Abstimmung die starken Unterschiede zwischen den Bildungs- und Einkommenschichten, zwischen Stadt und Land sowie – in abgeschwächter Form – zwischen den Sprachregionen hartnäckig gehalten. Das Fazit der Autoren: "Die Perspektiven für einen 'ausserpolitischen Machtwechsel' oder für eine Versöhnung der beiden Lager, welche die Schweiz und ihre Beziehung zur internationalen Staatengemeinschaft durch eine völlig anders gefärbte Brille wahrnehmen, müssen als düster beurteilt werden. Die direkte Demokratie hat sich damit – wenigstens im Bereich der Aussenpolitik – von einem Instrument der Integration zu einem Vehikel der Trennung entwickelt, das die Schweiz in zwei Lager spaltet. Gegenmassnahmen, welcher Art auch immer, sind jedoch äusserst heikel."<sup>42</sup>

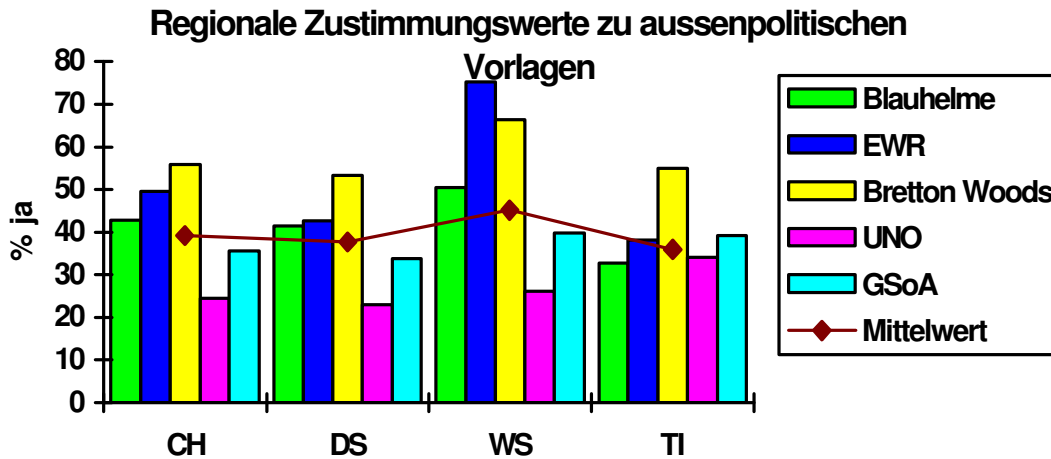
Im Rahmen der "Kleinen Zürcher Gemeindestudien" stellten Andreas Ladner und Urs Meuli die beiden immer wieder als wichtig erkannten Gräben – Deutschschweiz/Westschweiz und Stadt/Land – einander über mehrere ausserpolitische Abstimmungen hinweg gegenüber.<sup>43</sup> Dabei wählten sie die Vorlagen über die Blauhelme, den EWR, die Institutionen von Bretton Woods (Weltbank und Weltwährungsfonds), den Uno-Beitritt und die GSoA-Initiative zur Armeeabschaffung, die neben der eigentlichen Abschaffung der Armee auch eine verstärkte internationale Friedenspolitik gefordert hatte. Die Resultate sind den folgenden beiden Abbildungen zu entnehmen. Abbildung 4 zeigt auf, dass die regionalen Unterschiede nicht so gross sind, wie angenommen werden könnte. Dem schweizerischen Mittelwert von 39,2% Zustimmung zu allen Vorlagen stehen die Resultate der Deutschschweiz mit 37,6% und der Westschweiz mit 45,1% gegenüber; der Unterschied beträgt nur 7,6%. Den grössten regionalen Unterschied der Zustimmung

---

<sup>42</sup> Ebenda.

<sup>43</sup> Ladner, Andreas; Meuli, Urs (1994): Die Volksabstimmung vom 12. Juni 1994 über das Bundesgesetz vom 18. Juni 1993 über schweizerische Truppen für friedenserhaltende Operationen (Blauhelme). Eine Analyse der Abstimmungsergebnisse in sämtlichen Gemeinden der Schweiz. (Kleine Zürcher Gemeindestudien.) Soziologisches Institut der Universität Zürich.

erreichte die EWR-Abstimmung (32,7%), den kleinsten jene über die Uno (3,2%).<sup>44</sup>



*Abbildung 4: Regionale Zustimmungswerte zu ausserpolitischen Vorlagen. Quelle: Ladner, Andreas; Meuli, Urs (1994): Die Volksabstimmung vom 12. Juni 1994 über das Bundesgesetz vom 18. Juni 1993 über schweizerische Truppen für friedenserhaltende Operationen (Blauhelme). Eine Analyse der Abstimmungsergebnisse in sämtlichen Gemeinden der Schweiz. (Kleine Zürcher Gemeindestudien.) Soziologisches Institut der Universität Zürich. S. 11. (DS = Deutschschweiz, WS = Westschweiz, TI = Tessin).*

Die gleichen Abstimmungen nach Wohngebieten ausgewertet ergeben ein etwas anderes Bild (Abbildung 5). Das Stadt/Land-Gefälle ist grösser als das Gefälle Deutschschweiz/Westschweiz, nämlich 10,4%. Es ist auch sehr ausgeglichen und schwankt nur zwischen 7% bei der GSoA-Initiative und 13,3% beim EWR. Dieser Graben ist damit eine klare Konstante der schweizerischen Aussenpolitik, deutlicher sichtbar als der Röstigraben, der in Hinsicht auf die Aussenpolitik eher einen reinen "EWR-Graben" darstellt. In der Detailanalyse zeigte es sich denn auch, dass selbst in der angeblich weltöffneren Westschweiz nur eine Minderheit der Gemeinden die Blauhelmvorlage annahm, nämlich 42,3% (Deutschschweiz 7,6% der Gemeinden, Tessin 3,4%).<sup>45</sup> Verantwortlich dafür waren vor allem die kleinen, aber zahlreichen ländlichen Gemeinden.

<sup>44</sup> Ebenda, S. 12.

<sup>45</sup> Ebenda, S. 7f.

### Stadt/Land-Gefälle bei ausserpolitischen Vorlagen

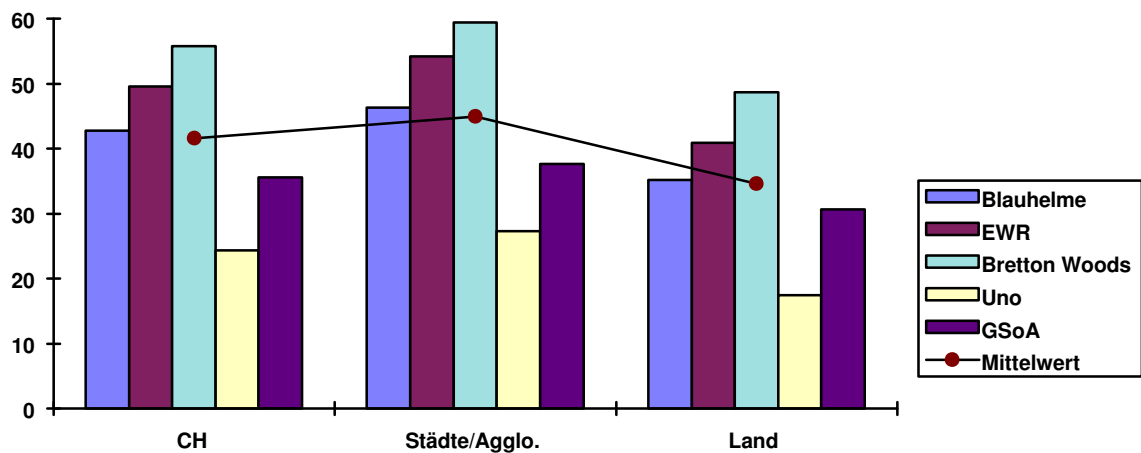


Abbildung 5: Stadt/Land-Gefälle bei ausserpolitischen Vorlagen. Quelle: Ladner; Meuli (1994) S. 12.

Die Autoren machen darauf aufmerksam, dass schon der EWR in den Städten und Agglomerationen mit rund 54% angenommen worden wäre.<sup>46</sup> Sie definieren als Resultat ihrer Analyse eine Art Profil der ausserpolitisch konservativen Gemeinden: "Gemeinden, die deutlich gegen die Blauhelme gestimmt haben, sind sowohl gegen eine Öffnung nach aussen als auch gegen den Wandel traditioneller Werte."<sup>47</sup> Eine offene Einstellung gegenüber Europa geht nach Ansicht der Autoren einher mit einer allgemein progressiven, reformfreudigen Einstellung.

Um über die Werthaltungen gegenüber Europa genaueren Aufschluss zu erhalten, führten Hans-Peter Meier-Dallach und Rolf Nef im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms 28 Ende November 1992 eine Befragung bei 2000 Personen aus 12 repräsentativen Regionen durch. Eine nachträgliche Prüfung der Resultate anhand der Alpeninitiative und der Blauhelmabstimmung bestätigte ihre Resultate. Laut den Autoren werden der Stadt/Land- und der Röstigraben durch tiefgreifende Wertgegensätze und sehr unterschiedliche Vorstellungen über Europa und die Rolle der

<sup>46</sup> Ebenda, S. 12.

<sup>47</sup> Ebenda, S. 3.

Schweiz erklärbar.<sup>48</sup> Diese Werthaltungen lassen sich in vier verschiedene Europavisionen (siehe Abbildung 6) aufteilen: Europa der Zukunft als Marktraum (Modernisierung, wenige Grenzen), Europa als Sozialraum (soziale Gerechtigkeit), Europa als Wirtschaftsraum (Betonung der Regionen), sowie Europa als Lebensraum (ökologisches Gleichgewicht).

Den ersten Rang erhielt bei den meisten Befragten – auch bei den sonst als eher ökologiekritisch bekannten Romands – das Wunschbild eines ökologisch intakten Lebensraums Europa. Solche Wunschbilder seien aber in der Diskussion zu kurz gekommen. Doch würden nach Meinung der Autoren gerade sie die Chance eröffnen, neue Mehrheiten über die heutigen Gräben hinweg zu schaffen. Bis anhin sei jedoch statt über die Ziele nur über den Weg diskutiert worden: "Ein hartes ökologisches Profil in den EWR- und Europaverhandlungen würde in der Bevölkerung stärker honoriert als das unübersichtliche Taktieren um euroverträgliche Normen."<sup>49</sup>

Nötig sei nun eine vertiefte inhaltliche Auseinandersetzung mit den europapolitischen Zielen und Inhalten, was mittelfristig ermöglichen sollte, die Gräben zuzuschütten und neue Mehrheiten in den Bereichen Ökologie und soziale Gerechtigkeit zu schaffen. Solange aber über die unterschiedlichen Werthaltungen und Europakonzepte nicht diskutiert wird, ist laut den Autoren die europäische Integrationspolitik nicht mehrheitsfähig.<sup>50</sup>

---

<sup>48</sup> Meier-Dallach, Hans-Peter; Nef, Rolf (1994): Europabilder und die Vision des Kleinstaats Schweiz: Befürchtungen und Wünsche der Schweizerinnen und Schweizer. Nationales Forschungsprogramm 28, Synthesebericht 12. Schweizerischer Nationalfonds, Bern. Hier S. 5.

<sup>49</sup> Ebenda, S. 12.

<sup>50</sup> Presserohstoff zur NFP-28-Pressekonferenz vom 29. Juli 1994, S. 2.

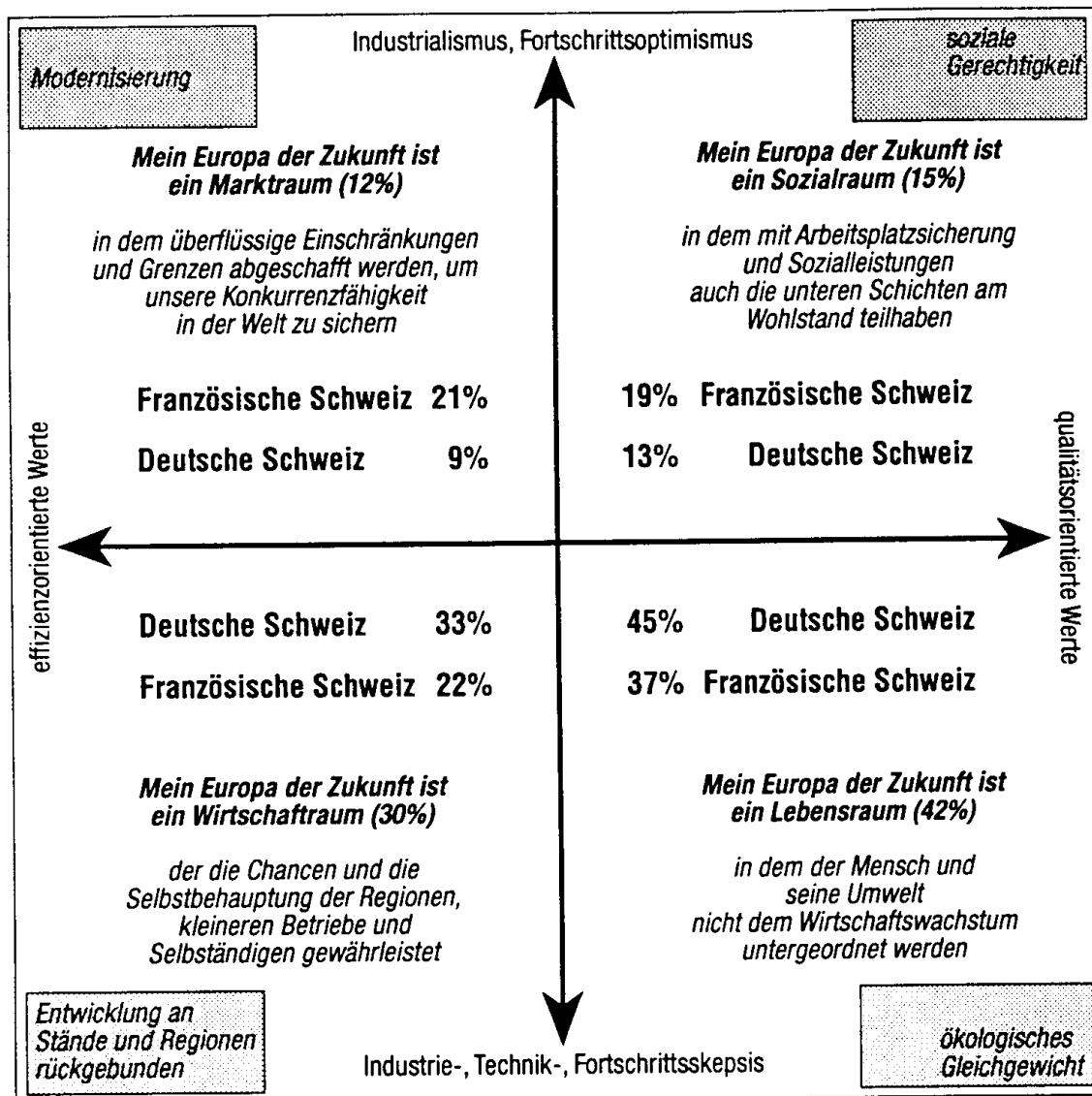


Abbildung 6: Die vier Europavisionen nach Meier-Dallach und Nef. Quelle: Meier-Dallach, Hans-Peter; Nef, Rolf (1994): *Europabilder und die Vision des Kleinstaats Schweiz: Befürchtungen und Wünsche der Schweizerinnen und Schweizer*. Nationales Forschungsprogramm 28, Synthesebericht 12. Schweizerischer Nationalfonds, Bern. S. 11.

Ein letzter Erklärungsansatz der verschiedenen Gräben soll schliesslich anhand der "Psychologischen Karte der Schweiz" (siehe Abbildung 7) der Marktforschungsfirma Demoscope aufgezeigt werden. Demoscope untersucht seit 1974 verschiedene Trends, jeweils aufgeschlüsselt nach Landesteilen. Sie stellt dabei für die neunziger Jahre ein Auseinanderdriften der verschiedenen Landesteile fest. Die Westschweiz werde materialistischer, hedonistischer und optimistischer, die Deutschschweiz klammere sich unsicher an

ihren Standort auf der Wertekarte im Bereich innengerichtet, leicht konservativ, die italienische Schweiz werde zunehmend konservativer.<sup>51</sup>

So sei die Westschweiz mittlerweile zu lebensbejahend, zu optimistisch und zu zukunftsorientiert, um die Igelreaktion der Deutschschweizer und vor allem auch der Tessiner noch nachvollziehen zu können. Um alle diese Trends in ihrer Gesamtheit zu erfassen, teilt Demoscope die Schweizer in zwei grundsätzliche Typen auf: die Klammerer und die Lavierer. "Die Klammerer halten sich an bewährte Werte fest und möchten in diesen kritischen Zeiten ja keine Veränderung. Die Lavierer – vor allem die jüngere Generation bis 34 – setzen ihre Intelligenz, Flexibilität und Bildung dazu ein, aus einer schwierigen Situation das Optimum herauszuholen."<sup>52</sup> Die EWR-Abstimmung hat laut Demoscope diese Analyse bestätigt. Die Klammerer hätten sich – auch dank dem Ständemehr – noch einmal durchgesetzt. In der Westschweiz überwögen mittlerweile die Lavierer, im Tessin und vor allem in der Deutschschweiz seien die Klammerer noch in der Mehrzahl. Der typische Klammerer sei eine Person aus einer ländlichen Gegend, eher älter, aus einer einfacheren Berufsschicht, und er wohne weit von den Grenzregionen entfernt.<sup>53</sup> Interessant an diesem Ansatz ist, dass er alle Gräben erklärt: den Röstigraben, den Stadt/Land-Graben, jenen der Bildung und auch jenen zwischen Grenzregionen und Binnenorientierung.

---

<sup>51</sup> Wyss, Werner (1993): Trend Report 93: Bricht die Schweiz auseinander? Analyse des Auseinanderdriftens der deutschen, französischen und italienischen Schweiz. Konsequenzen für das Marketing. Demoscope Market Research, Adligenswil. Hier S. 2.

<sup>52</sup> Ebenda, S. 24.

<sup>53</sup> Ebenda.

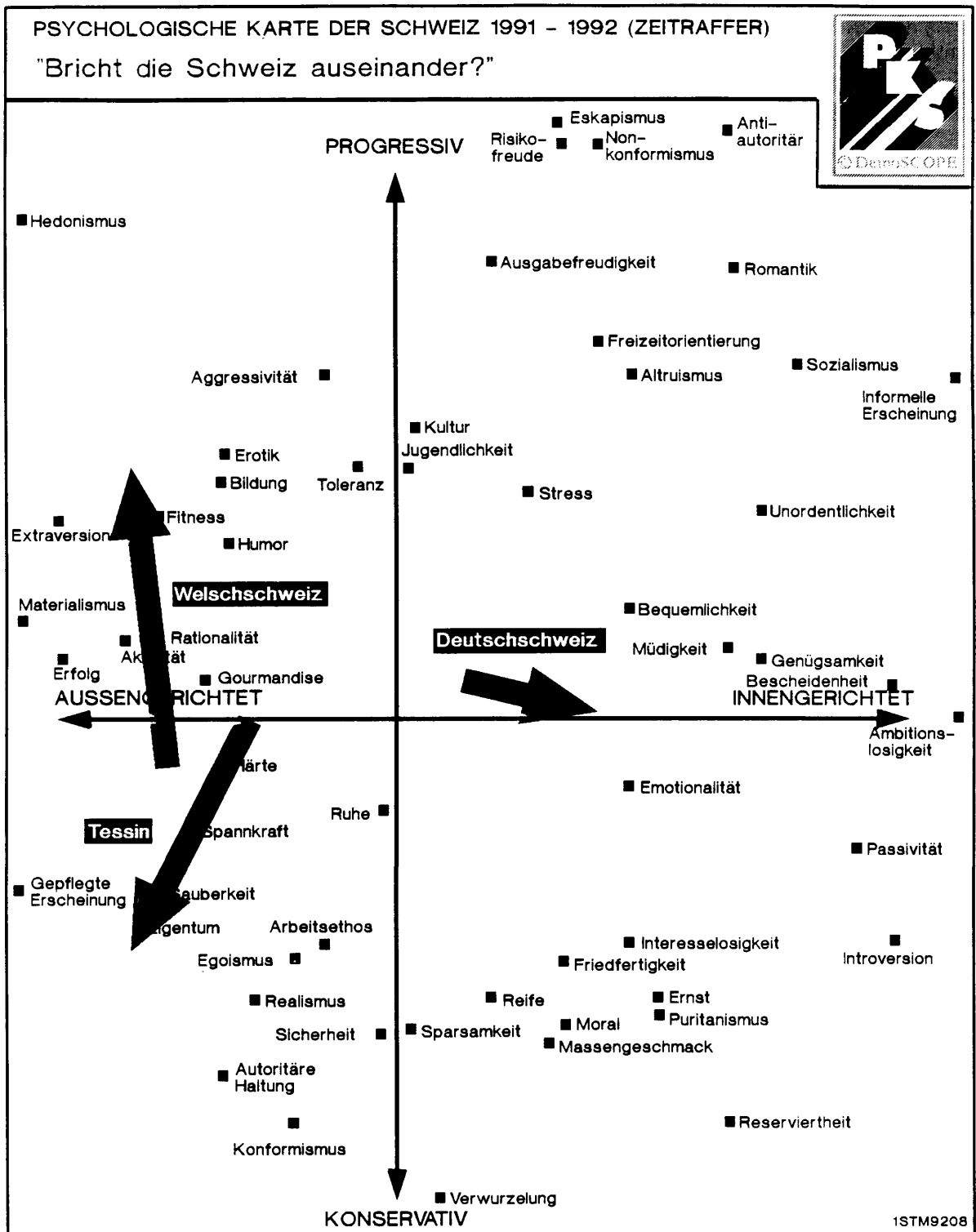


Abbildung 7: Psychologische Karte der Schweiz. Quelle: Wyss, Werner (1993): Trend Report 93: Bricht die Schweiz auseinander? Analyse des Auseinanderdriftens der deutschen, französischen und italienischen Schweiz. Konsequenzen für das Marketing. Demoscope Market Research, Adligenswil.

Was ist nun das Fazit aus all diesen – sich teils widersprechenden – Gräben, die sich schnittmusterartig durch die ganze Schweiz ziehen und das Land nach kulturellen, demographischen, geographischen oder anderen sozialen Kriterien unterteilen? Sicher ist, dass Gräben bestehen. Die geeinte, nach aussen abgeschlossene Schweiz des nationalen Réduits, des stachelbewehrten Igels besteht nicht mehr – falls es sie überhaupt je gegeben hat. Wie sich aber gerade in der Aussenpolitik zeigt, sind die Gräben weder unüberbrückbar tief noch verlaufen sie so eindeutig, dass sie sich in nächster Zeit zu Bruchstellen für die schweizerische Kohäsion entwickeln könnten. 7% Gefälle – über die letzten fünf aussenpolitisch relevanten Abstimmungen gemessen – zwischen Deutschschweiz und Westschweiz sowie knapp 11% zwischen Stadt und Land sind eigentlich erstaunlich wenig. Eher zu denken gibt, dass es eine gemeinsame Grundursache für die meisten Gräben zu geben scheint. Sie wird je nach Analyse als eine Art "Konservatismus", "Innenorientierung" oder "Klammerreflex" bezeichnet und ist immer durch eine starke Beharrung auf dem Althergebrachten gekennzeichnet. Ein so rigides Festhalten am Bestehenden macht eine Anpassung an internationale Verhältnisse, die stark im Fluss sind, schwierig; es droht der aussenpolitische Immobilismus. In Abschnitt 4 der Arbeit sollen deshalb einige mögliche Ansatzpunkte zur Aufweichung dieser Front aufgezeigt werden.

### **Fazit: Kohäsion ist (noch) nicht massiv gefährdet**

Was lässt sich zusammenfassend über die nationale Kohäsion der Schweiz aussagen?

Erstens: Eine Verabschiedung des Volkes aus der Politik ist nicht auszumachen. Im Gegenteil, die allseits genannte Politikverdrossenheit scheint eher das Gegenteil zu bewirken und die Leute anzuspornen, abstimmen zu gehen. Dies zeigt sich einerseits in sehr hohen Abstimmungsbeteiligungen bei kontroversen Themen wie dem EWR-Beitritt, andererseits in einer von einem Tiefstand von 35% wieder angestiegenen Stimmbeteiligung von 49% im Durchschnitt der letzten Jahre. Andererseits ist auch das politische Interesse wieder steigend. Allerdings muss hier die Ausnahme der Jugend gemacht werden. Sowohl die Stimmbeteiligung als auch das politische Interesse dieser für die Zukunft wichtigen Gruppe sind klar tiefer.

Zweitens: Es steht schlecht um die Glaubwürdigkeit und Zufriedenheit mit der Regierung. Beide sind seit Ende der achtziger Jahre im Sinken begriffen und liegen heute klar unterhalb 50%. Diesem eigentlich alarmierenden Befund steht die Zustimmungsrates für Vorlagen der Regierung gegenüber. Sie ist mit 82% in den letzten sechs Jahren recht hoch. Dass man der Regierung per se nicht traut, heisst noch nicht unbedingt, dass man mit ihren Vorlagen nicht zufrieden ist. Einleuchtend präsentierte Sachvorlagen werden von einer gut informierten Bürgerschaft (noch) goutiert, sogar wenn sie – wie die Benzinzollerhöhung – ans Leder gehen.

Drittens: Die vieldiskutierten Gräben sind im hier interessierenden aussenpolitischen Bereich weniger tief als angenommen, verlaufen in sehr unterschiedliche Richtungen und vor allem nicht nur entlang der Sprachgrenzen. Das allen Gräben innewohnende Element des Beharrens auf Althergebrachtem und der mangelnden Reformfreudigkeit ist hingegen im Hinblick auf die in starkem Wandel begriffene europäische Umgebung eher bedenklich.

Abspaltungstendenzen oder sogar eine Sezession von einzelnen Landesteilen zu befürchten, wie es alt Bundesrat Felber tat, ist damit sicher verfrüht. Sei es aus aussenpolitischen oder anderen Gründen, die Schweiz wird in den nächsten Jahren nicht auseinanderfallen. Immerhin, die Fronten in Fragen der Aussenpolitik sind relativ starr, auch wenn sie nicht (nur) den Sprachgrenzen entlang verlaufen. Der aussenpolitischen Krise ist der anschliessende Abschnitt gewidmet.

### **3. Aussenpolitik als Krisenherd**

Die Schweiz scheint ein besonderes Flair dafür zu haben, ihre Krisen breit auszudiskutieren. Die Welle von Krisenpublikationen um 1991 – unter dem Stichwort "700 Jahre sind genug" oder "Die Schweiz gibt es nicht" – war nicht die erste. Im Schlussbericht zum Nationalen Forschungsprogramm 21 "Kulturelle Vielfalt und nationale Identität" weist Georg Kreis auf dieses Phänomen hin. Schon in den sechziger Jahren lösten die Mirage-Affäre und der einsetzende Wertewandel eine solche Welle aus: Die Expo 64 in Lausanne wurde kurzerhand zum "Trugbild Schweiz" erklärt, Karl Schmid sprach vom "Unbehagen im Kleinstaat", Max Imboden vom "Helvetischen Malaise" und Jean-Rodolphe von Salis von der "Schwierigen Schweiz". Und schon 1963 hatte Karl Barth moniert,

dass die Schweiz, wenn sie nicht aufpasse, bald zum "Dorftrottel Europas" werde.<sup>54</sup> Doch konnte das helvetische Malaise zumindest oberflächlich nach einigen Jahren beigelegt werden, auf jeden Fall verstummte die Kritik zum grossen Teil wieder.<sup>55</sup> Grundlegend neu an der heutigen Diskussion ist laut Kreis nur, dass mittlerweile nicht nur die Linke den Sonderfall in Frage stelle, sondern auch der Bundesrat.<sup>56</sup> Die Schweiz ist damit nicht am Ende, sondern wieder einmal in einer Krise. Die Frage nach vermehrter europäischer Integration und folglich weniger Sonderfall wäre damit vor allem ein temporäres Problem, und es wäre anzunehmen, in einigen Jahren werde sich in der Schweiz, wie anderswo auch, die Einsicht durchsetzen, dass vermehrte Zusammenarbeit mit Europa im eigenen Interesse liegt.

Für die These, dass die heutige aussenpolitische Krise bewältigt werden kann, sprechen neben dem schon genannten "historischen"

---

<sup>54</sup> Kreis, Georg (1993): Die Schweiz unterwegs: Schlussbericht des NFP 21 "Kulturelle Vielfalt und nationale Identität". Basel. Hier S. 7.

<sup>55</sup> Hans Tschäni zeigt beispielsweise auf, dass als Antwort auf die durch die Mirage-Affäre ausgelöste damalige Staatskrise immerhin einige Parlamentsreformen zustande kamen. Das "Mirage-Parlament" von 1963 bis 1967 führte das Bundesgesetz über die Verwaltungskontrolle und die Bundesbeschlüsse über die parlamentarischen Dienste (mit denen das Sekretariat der Bundesversammlung und der Dokumentationsdienst eingeführt wurden) ein, und auch die Reorganisation des EMD sowie die Legislaturplanungen wurden damals angeregt. Die Kommission Furgler führte erstmals Hearings durch, und es wurde ernsthaft von einem Ombudsmann gesprochen. (Tschäni, Hans (1975): Demokratie auf dem Holzweg: Bemerkungen zur helvetischen Dauerkrise. Artemis, Zürich. S. 20.).

<sup>56</sup> Kreis (1993), S. 11. Kreis liefert ebenfalls eine Begründung, warum das schweizerische Sonderfall- und Vorbilddenken diesmal wohl endgültig in Frage gestellt wird: "Andere Gesellschaften ohne historische Frühentwicklungen (gewissermassen ohne "Gnade der frühen Geburt") haben, weil sie nicht auf scheinbare Selbstverständlichkeiten zurückgreifen konnten, moderne, das heisst den aktuellen Problemen angemessene Konzepte und Institutionen entwickelt, so dass es sogar etwas brüsk zu einer Umkehrung der Perspektive kommt: Jetzt geht es nicht mehr nur um die Frage, was das Ausland von der vorbildlichen Schweiz lernen, sondern auch um die Frage, ob sich die Schweiz nicht in dieser oder jener Sache vom Ausland inspirieren lassen könnte, zum Beispiel, da sie bezüglich der Mehrsprachigkeit ja keine Ausnahme ist." (Ebenda, S. 13).

Argument, dass lautstark lamentierte Krisen in der Schweiz nichts Neues sind, drei weitere Argumente:

Erstens: Eine ablehnende Volksmeinung zu einem grundsätzlichen Thema heisst nicht – im Gegensatz zur Meinung einiger politischer Exponenten –, dass das Thema nun einfach vom Tisch ist. Sowohl das Frauenstimmrecht als auch das Stimmrechtsalter 18 wurden erst im zweiten Anlauf eingeführt, und über die Mehrwertsteuer wurde mehrmals in kurzer Folge abgestimmt, ohne dass dadurch die Demokratie gefährdet worden wäre. Eine weitere Volksabstimmung zum Thema Europa sollte damit auch in naher Zukunft möglich sein, was allerdings noch nichts über deren Resultat aussagt.

Zweitens: Der grundlegende Wandel der Situation in Europa, wie er 1989 durch den Zusammenbruch des Kommunismus ausgelöst wurde, ist auch von anderen Ländern noch nicht bewältigt worden. Die Diskussionen, wie Europa – und die Welt – in Zukunft aussehen sollen, werden auch andernorts noch sehr heftig geführt. Die Schweiz hat allerdings den Nachteil, dass sie diesen Dialog aus einer Position des Rückstandes beginnen musste, waren doch die meisten anderen westeuropäischen Länder schon vor 1989 aussenpolitisch enger vernetzt (sei dies als EG- oder mindestens als Uno-Mitglieder) als die integral neutrale Schweiz.

Die Neutralität bringt uns zum dritten Argument für eine Lösbarkeit der aussenpolitischen Krise: Sie – respektive die mindestens politischen internationalen Organisationen gegenüber sehr restriktive schweizerische *Auslegung* der Neutralität – ist nämlich der Grund, dass die Europadiskussion in der Schweiz im Gegensatz zu jener in vielen anderen Ländern überhaupt noch sehr jung ist. Bis zu den ersten klaren Stellungnahmen des Bundesrates für eine Öffnung gegenüber Europa<sup>57</sup> war es mit Ausnahme des misslunge-

---

<sup>57</sup> Ein erster Ansatz für eine stärkere Integration war neben dem noch sehr vorsichtigen Integrationsbericht von 1988 der ergänzende Integrationsbericht vom 26. November 1990. Darin heisst es unter anderem: "In dieser Sicht [nämlich im Hinblick auf eine aktivere Teilnahme am Prozess der europäischen Integration] können wir unsere Beteiligung am EWR als wichtigen Beitrag der Schweiz zu einer europäischen Integrationsidee betrachten. Dieser Beitrag könnte sich längerfristig und unter geeigneten Umständen in einer Zugehörigkeit der Schweiz zur EG verwirklichen." (Bundesrat, Schweizerischer (1990): Informationsbericht des Bundesrates

nen Uno-Intermezzos von 1986 offizielle schweizerische Politik, möglichst wenig über Aussenpolitik zu diskutieren und vor allem die Unabhängigkeit zu betonen. Während andere europäische Länder schon der EG angehörten oder im Rahmen der Uno eine recht aktive Aussenpolitik betrieben – wie Österreich oder Schweden – und dort Aussenpolitik auch für das Volk zu etwas Selbstverständlichem wurde, blieb sie bei uns die Domäne einiger weniger Spezialisten.

Der Glaubwürdigkeit einer aktiven Aussenpolitik nicht förderlich war dabei die wenig klare Position des Bundesrates, der seit 1989 in Sachen Europa seine europapolitische Marschrichtung immer wieder geändert hat. Roger de Weck zeichnete diesen Slalomlauf anfangs dieses Jahres exemplarisch nach: Innerhalb einer Fünfjahresfrist, so de Weck, habe die Schweiz sieben verschiedene Positionen eingenommen. Nacheinander habe es geheissen:

- Verhandeln, um souverän zu bleiben;
- beitriffsfähig werden, um nicht beitreten zu müssen;
- den EWR-Vertrag unterzeichnen, um der EG nicht beizutreten;
- den EWR als Trainingslager für den Beitritt nutzen;
- dem EWR beitreten, aber die Option EG bloss offenhalten;
- dann, nach dem 6. Dezember 1992: alle Optionen offenhalten, bilateral verhandeln;
- und schliesslich die jetzige Position: bis 1995/96 bilateral, später multilateral verhandeln.<sup>58</sup>

Sozusagen als achten Schritt könnte man schliesslich noch das momentan gültige "strategische Ziel" des EU-Beitritts im Bericht zur Aussenpolitik nennen.<sup>59</sup>Nur schon diese kurze Aufstellung

über die Stellung der Schweiz im europäischen Integrationsprozess vom 26. November 1990. Bundeskanzlei, Bern. Kap. 22, Teil 2).

<sup>58</sup> de Weck, Roger (1994): Schweizer Innenbild – Schweizer Aussenpolitik: Mitten in Europa sind wir Eidgenossen vom Willen zur Ohnmacht beseelt: Ein Plädoyer gegen den Stillstand. Tages-Anzeiger. 20. Januar. S. 10-11.

<sup>59</sup> "In Anbetracht der Bedeutung, die der umfassenden und gleichberechtigten Teilnahme der Schweiz am europäischen Integrationsprozess zukommt, ist der Beitritt zur EU das strategische Ziel der Integrationspolitik. Diese Zielsetzung ergibt sich aus der Tatsache, dass die Schweiz in Europa tief verwurzelt und mit diesem eng verbunden ist." (Bundesrat, Schweizerischer (1994): Bericht über die Aussenpolitik der

zeigt, dass auch der Bundesrat selber bei diesem Thema noch nicht zu innerer Geschlossenheit gefunden hat.

Die Vermutung liegt deshalb nahe, dass die radikale Neuausrichtung der schweizerischen Aussenpolitik von vornehmer Zurückhaltung auf aktive Mitarbeit vom Stimmvolk ganz einfach noch nicht nachvollzogen werden konnte.<sup>60</sup> Der Stimmbürger braucht etwas länger als zwei bis drei Jahre, um den Paradigmenwechsel von politischer Abschottung zur aktiven Mitarbeit beim Aufbau eines gemeinsamen Europas mitzumachen.

### **Aussenpolitik: Ein "neues" Thema in der direkten Demokratie**

Dass die Aussenpolitik in der Schweiz ein recht neues Thema – und damit noch entwicklungsfähig – ist, zeigt auch eine Aufstellung der aussenpolitisch relevanten Volksabstimmungen seit 1970:

Ausländerrecht (inklusive Antirassismusklausel als Grenzfall zwischen Ausländer- und Menschenrechtspolitik)	14
Aussenwirtschaft (ohne Zollabkommen, inklusive Bretton Woods, Neat, Alpeninitiative)	8
Aussenpolitik im engeren Sinn <sup>61</sup>	7
<b>Total:</b>	<b>29</b>

Nur knapp 15% der Abstimmungen (bei einem Total von über 200 Plebisziten von 1970 bis heute) waren im weitesten Sinne aussenpolitisch bedeutungsvoll – wobei die Abstimmungen über das Ausländerrecht meist unter rein innenpolitischen Gesichtspunkten

---

Schweiz in den neunziger Jahren. Bundesblatt I 1994 153-242. Hier S. 184)

<sup>60</sup> Es wird auch öfters vergessen, dass die Schweiz eines der wenigen Länder ist, in denen das Stimmvolk einen direkten Einfluss auf die Aussenpolitik hat und deshalb an die Information der Öffentlichkeit besonders hohe Anforderungen gestellt werden.

<sup>61</sup> Freihandelsabkommen 1972, IDA-Darlehen 1976, Staatsvertragsreferendum 1977, Uno-Beitritt 1986, GSoA-Initiative 1989, EWR 1992, Blauhelme 1994.

beurteilt wurden – und nur 3% im engeren Sinne. Ähnlich klar zeigt sich die marginale Rolle der Aussenpolitik, wenn man nur die Volksinitiativen berücksichtigt. Seit 1945 wurden insgesamt 146 Volksinitiativen eingereicht. Bis 1973 war keine einzige davon von direkter aussenpolitischer Relevanz.<sup>62</sup> Seit 1965 wurden 9 Überfremdungsinitiativen eingereicht, die aber wie erwähnt vom Stimmbürger eher als innenpolitische Vorlagen perzipiert wurden. Im weiteren wurden drei Initiativen zur Rüstung und Rüstungskontrolle lanciert sowie fünf "echte" aussenpolitische Initiativen: die Initiative über das Staatsvertragsreferendum von 1973, die GSoA-Initiative von 1989 (zumindest ihr friedenspolitischer Teil), die Alpeninitiative von 1994, die EWR-Initiative (1993 eingereicht) und die Anti-EU-Initiative von Lega und SD (eingereicht Anfang 1994).<sup>63</sup> Dies sind etwa 3% "echte" aussenpolitische Initiativen. Aussenpolitik ist damit eindeutig – was Volksentscheidungen betrifft – ein sehr junges Feld mit "Wachstumspotential". Aussenpolitik ist für viele Stimmbürger erst seit den späten achtziger Jahren (Uno-Beitritt) oder sogar erst seit den frühen neunziger Jahren (EWR und EU) ein Thema. Die erfolgreichste aussenpolitische Organisation der Schweiz – wenn sie auch Aussenpolitik primär ablehnt -, die Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (Auns), wurde bezeichnenderweise erst nach 1990 massenwirksam.

### **Fazit: Auch die Aussenpolitik gefährdet die Kohäsion (noch) nicht**

Somit scheint es auch unter dem Gesichtspunkt der "ausserpolitischen Krise" verfrüht, eine akute Gefahr für den längerfristigen Zusammenhalt der Schweiz zu prognostizieren. Fünf Jahre aussenpolitische Aktivierung der Schweiz seit dem epochalen Wandel von 1989 sind eine zu kurze Zeit, um daraus Rückschlüsse auf eine angeblich total verfahrenene Situation zu ziehen. Jener Teil

---

<sup>62</sup> Ein Grenzfall sind die Chevallier-Initiativen von 1956, die das Militärbudget zugunsten von AHV und "internationaler Solidarität" kürzen wollten.

<sup>63</sup> Alle Angaben wurden einer Aufstellung aller Volksinitiativen und -abstimmungen der Bundeskanzlei entnommen.

der Bevölkerung, der manchmal als erzkonservativer, europafeindlicher Block bezeichnet wird, hat noch nicht genug Zeit gehabt, sich auf die neue Situation einzustellen. Nachdem 40 Jahre lang die Devise galt, dass möglichst grosse Unabhängigkeit mit möglichst wenig politischer Verflechtung der beste Weg für die Schweiz sei, sind fünf Jahre nicht übermässig aktiver und kohärenter Aufklärungsarbeit eine sehr kurze Periode – eine zu kurze, um eine Bewusstseinsänderung zu erreichen. Doch was nun? Wie sollen die zementierten Positionen aufgebrochen werden, wie kann dem Schweizer Stimmbürger, der Schweizer Stimmbürgerin die bundesrätliche Position näher gebracht werden, dass eine aktivere Aussenpolitik auch im *eigenen Interesse*<sup>64</sup> liege?

#### **4. Ein baldiger Wandel der aussenpolitischen Einstellungen?**

Zwar ist die nationale Kohäsion der Schweiz durch die sehr unterschiedlichen Meinungen zur Europafrage noch nicht akut gefährdet, die Gräben sind noch nicht unüberwindbar tief. Doch was sind mögliche Vorgehensweisen, um den gewünschten neuen Konsens in

---

<sup>64</sup> Das eigene Interesse in Form des neuen aussenpolitischen Ziels "Interessenwahrung" wird denn auch vom Bundesrat im Bericht zur Aussenpolitik prominent als eine Art 'Überziel' definiert: "Die Interessenwahrung ist nicht nur Ziel und Mittel der Aussenpolitik, sondern ihre primäre Aufgabe, ein alles durchdringendes Motiv, gewissermassen Rechtfertigung und Beweggrund jeglicher aussenpolitischen Aktivität." (Bundesrat, Schweizerischer (1994): Bericht über die Aussenpolitik der Schweiz in den neunziger Jahren. BBl I 1994 153-242. Hier S. 159). Diese Begriffsverwendung durch den Bundesrat wirkt allerdings vor allem wie ein Versuch, die Nützlichkeit der Aussenpolitik gegenüber dem schweizerischen Volk in schon fast beschwörender Art zu betonen. Jürg Martin Gabriel setzt in seiner Kritik der aussenpolitischen Konzeption ebenfalls ein Fragezeichen hinter diesen Terminus. Für ihn ist die Interessenwahrung vor allem ein Ordnungsprinzip, das dem Bundesrat zur Lösung von Zielkonflikten dient: Gibt es solche Konflikte, entscheidet das Eigeninteresse. Dieses zu definieren sei allerdings nicht immer leicht. Deshalb sei der Begriff "genaugenommen eine Leerformel oder Worthülse, und deshalb nicht ganz unproblematisch". (Gabriel, Jürg Martin (1994): Neutralität für den Notfall: Der Bericht des Bundesrates zur Aussenpolitik der Schweiz in den 90er Jahren. Beiträge und Berichte, 221. Institut für Politikwissenschaft an der Hochschule St. Gallen. S. 13).

Richtung Europa<sup>65</sup> zu schaffen? Es würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen, die Vielzahl der Vorschläge für die Auflösung des aussenpolitischen Patts aufzuzeigen. Eines ist jedoch vielen von ihnen gemeinsam: sie enthalten in irgendeiner Form Anregungen zum Thema Informationspolitik. Wenn es gelingt, so die Überlegung, einen relativ kleinen Teil der heute konservativ stimmenden Bevölkerung – vor allem der deutschschweizerisch-ländlichen – von den Vorteilen der europäischen Integration zu überzeugen, würde sich das europapolitische Gewicht zugunsten der Befürworter verschieben und sich eine europafreundliche Eigendynamik anbahnen. So zeigten Karl W. Haltiner und Kurt R. Spillmann in der Studie "Öffnung oder Isolation der Schweiz?" die Trends der aussen- und sicherheitspolitischen Meinungsbildung in der Schweiz auf und kamen zum Schluss, dass die Gruppe jener, die am aussenpolitischen Status quo in der Schweiz festhalten wollen, 40% nicht mehr übersteige und damit bereits in der Minderheit sei. Die Mehrheit sei an sich für eine Intensivierung der internationalen Kooperation der Schweiz, sie sei sich allerdings über den einzuschlagenden Kurs noch nicht einig. Während die grössere Gruppe, ebenfalls an die 40%, sich die Integration in die europäischen Institutionen vorstellen könne – wenn sie unumgänglich wird –, tendiere eine Minderheit von rund einem Viertel für eine "weiche", nicht-integrative Art der Kooperation. Diese Minderheit plädiert laut Haltiner / Spillmann "für eine 'solidarische' Schweiz – eine Schweiz, die ihre Neutralitätsposition aufgibt oder zumindest stark abschwächt, sich aber dennoch bei institutionellen Bindungen vor allem in Europa zurückhält und sich in weltöffener, aber unverbindlicher Art für friedliche Konfliktlösungen und mehr materielle Gerechtigkeit einsetzt."<sup>66</sup> Die Trennschärfe dieser beiden Einstellungen sei allerdings nicht sehr gross, und hier könnten sich mittelfristig neue

---

<sup>65</sup> Der Autor stimmt dabei mit der bundesrätlichen Position überein, dass die Zukunft der Schweiz, gerade auch in sicherheitspolitischer Hinsicht, nur in einer aktiven Mitarbeit innerhalb der Europäischen Union und den anderen europäischen Institutionen liegen kann.

<sup>66</sup> Haltiner, Karl W.; Spillmann, Kurt R. (1994): Öffnung oder Isolation der Schweiz? Aussen- und sicherheitspolitische Meinungsbildung im Trend. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, 32. Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse, ETH Zürich. S. 70.

Mehrheiten bilden. Nur führe die Uneinigkeit der beiden Integrationsgruppen vorderhand noch dazu, dass die an sich eine Minderheit darstellende, aber sehr geschlossene Gruppe der Autonomisten eine starke innenpolitische Machtposition halte: "Aus diesen Gründen dürfte es künftig zwar nicht aussichtslos, aber auch nicht einfach sein, in der Schweiz für konkrete aussen- und sicherheitspolitische Öffnungsvorhaben Mehrheiten an der Urne zu finden."<sup>67</sup>

Die grosse Bedeutung der Informationspolitik und vor allem auch der Überzeugungsarbeit wurde vom Bundesrat selbst betont. So heisst es im Bericht zur Aussenpolitik der Schweiz in den neunziger Jahren, dass die schweizerische Aussenpolitik unter Einbezug von Parlament, interessierten Organisationen und "vor allem" dem Souverän umgesetzt werde: "In diesem Sinn wird die innenpolitische Abstützung der Aussenpolitik zur vordringlichen Aufgabe der neunziger Jahre."<sup>68</sup> Dies will der Bundesrat dadurch erreichen, dass er

- den aussenpolitischen Apparat vermehrt als Dienstleistungsbetrieb reorganisieren,
- die Information der Bevölkerung über aussenpolitische Aktivitäten verbessern,
- den Dialog und Konsultationen zwischen Bundesrat und Kantonen fördern
- und konsultative ausserparlamentarische Kommissionen bilden will.

Die von Bundesrat Cotti bei seinem Amtsantritt als Aussenminister angekündigte aussenpolitische Informationsoffensive<sup>69</sup> hat

---

<sup>67</sup> Ebenda, S. 72.

<sup>68</sup> Bundesrat, Schweizerischer (1994): Bericht über die Aussenpolitik der Schweiz in den neunziger Jahren. Anhang: Bericht zur Neutralität. BBl I 1994 153-242. Hier S. 162.

<sup>69</sup> So plant laut "Cash" das Integrationsbüro die Förderung einer 'europhilen Stimmung' mittels einer fünfjährigen Kampagne (siehe Cash, 16.4.93), und auch Cotti hat die Wichtigkeit einer umfassenden Information wiederholt betont. So bemerkte er am 4. Mai 1993 in Freiburg: "Regierung, Parlament, Parteien, Medien, Verbände und Vereine haben ihre politische Verantwortung wahrzunehmen, indem sie ihren Beitrag leisten zur Bewusstseinsbildung über die unausweichliche Notwendigkeit der Öff-

allerdings noch keine grossen Auswirkungen gezeitigt. Im Gegenteil scheint zumindest ein Teil der Landesregierung auf Abwarten zu tendieren: So forderte Bundesrat Arnold Koller ausdrücklich, "... die längerfristig angelegte Beitrittsfrage – in welcher Form auch immer – in der öffentlichen Diskussion nun eher ruhen [zu] lassen. Wir müssen, wenn wir aus der heutigen lähmenden Polarisierung herauskommen wollen, an der Eurofront einen 'Burgfrieden' schliessen."<sup>70</sup> Die dadurch frei werdenden Energien sollten dazu benützt werden, Brücken zwischen Befürwortern und Gegnern zu bauen. Im Hintergrund könnte dann wohl auch der immer wieder zitierte durch die Absonderung der Schweiz erzeugte 'Leidensdruck' seine Arbeit tun. Ähnlich argumentiert derzeit auch ein Teil der Parteien. Mit Blick auf die Nationalratswahlen 1995 wollen zumindest CVP und FDP keine klare Stellungnahme gegenüber der EU abgeben; man werde bis zum Vorliegen der Resultate der bilateralen Verhandlungen "keine Phantomdiskussionen"<sup>71</sup> vor den Wahlen führen, heisst es. Allerdings wird die Europafrage, allen Anstrengungen zum Trotz, sie zu unterdrücken, von selbst wieder in das politische Rampenlicht treten; spätestens dann, wenn die 1993 eingereichte EWR-Initiative diskutiert wird. Die gesetzliche Frist für die Stellungnahme des Bundesrates zur Initiative der Jugendbewegung "Geboren am 7. Dezember 1992" läuft nämlich am 2. September 1995 ab, zwei Monate vor den Nationalratswahlen.<sup>72</sup> Auch ist es mittlerweile erklärte Absicht von SVP und SPS, die Europadiskussion – allerdings unter unterschiedlichen Vorzeichen – wieder anzuheizen.

---

nung unseres Landes auf Europa und die Welt, je früher desto besser" (Rede Bundesrat Cottis am 4. Mai 1993. In: documenta 2/1993, S. 9). Real verwirklicht wurden bis heute der Aufbau eines Referentendienstes im EDA (EDA-Pressemitteilung vom 8. Juli 1994) und die Neugestaltung des EDA-Informationsmagazins "Die Schweiz und die Welt".

<sup>70</sup> Koller, Arnold (1994): Die Bedeutung des Europarechtes für die Schweiz: Festansprache aus Anlass des 30jährigen Bestehens des Instituts für Europarecht an der Hochschule St. Gallen. 15. September 1994. S. 14.

<sup>71</sup> So FDP-Präsident Franz Steinegger am Tag nach dem EU-Votum in Schweden. (Stuber, Andreas; Tuor, Mario (1994): Europaziele bleiben verschleiert. Der Bund, 15. November. S. 9.)

<sup>72</sup> Ebenda.

Obschon der Bundesrat im Moment eher zurückhaltend ist, wünschen sich verschiedene andere Initianten eine Lobby für die Aussenpolitik. So äusserte sich zum Beispiel Georg Kreis in diese Richtung,<sup>73</sup> die Schweizerische Gesellschaft für Aussenpolitik zeigte einige Vorschläge auf,<sup>74</sup> und bereits im August 1993 wurde die Agos (Arbeitsgemeinschaft für eine offene Schweiz) gegründet. Allerdings hat sich bis jetzt die Wirtschaft nicht bereit erklärt, grössere Beiträge für eine solche Informationstätigkeit zur Verfügung zu stellen, womit Resultate wohl erst mittelfristig zu erwarten sind. Ausserdem ist es an sich schwierig, Einstellungen durch Information – oder je nach Standpunkt: Propaganda – zu ändern.<sup>75</sup> Immerhin gibt es ein erfolgreiches Beispiel: Mindestens bei vielen Jungen hat die intensive Umweltschutzdiskussion gewisse Erfolge und den Beginn einer Verhaltensänderung gebracht. Vielleicht sollte das Integrationsbüro seine geplante Europasensibilisierungskampagne nach dem Muster der Umweltkampagne des Buwal anlegen.

Trotz der kleinen Wahrscheinlichkeit, bei einer aussenpolitischen Kampagne schnelle Resultate zu erreichen, scheint dies doch der erfolgversprechendste Weg zu sein. Denn eine Einschränkung der

---

<sup>73</sup> Kreis, Georg (1994): Eine Lobby für die Aussenpolitik? Staatsbürger, 2/1994. S. 23.

<sup>74</sup> Langenbacher, Heinz; Schweizerische Gesellschaft für Aussenpolitik (1994): Braucht die schweizerische Aussenpolitik eine Lobby? Staatsbürger, 2/1994. S. 21-22.

<sup>75</sup> Die aussenpolitische Information in der Schweiz hat Laurent Goetschel detailliert analysiert. Er betont vor allem die Wichtigkeit emotional ansprechender Information neben reiner Sachinformation: "Neben der Bedeutung kognitiver Informationsleistungen gilt es aber zu berücksichtigen, dass die Relativierung oder Veränderung gefühlsmässig verankerter Werte, wie dies für den 'Sonderfall-Mythos' der Fall ist, Informationsleistungen bedingen, die durch ihren gleichfalls emotionalen Gehalt die Gefühlsebene der Informationsempfänger ansprechen." Er gibt allerdings auch zu bedenken, dass die Behörden in der Unterscheidung zwischen nüchterner und emotionaler Information subtiler als zum Beispiel eine politische Gruppierung vorgehen müssten. (Goetschel, Laurent (1994): Zwischen Effizienz und Akzeptanz: die Information der Schweizer Behörden im Hinblick auf die Volksabstimmung über den EWR-Vertrag vom 6. Dezember 1992. Haupt, Bern. S. 86).

demokratischen Rechte des Volkes in der Aussenpolitik – sei dies durch den Entzug des Referendums für bestimmte Vorlagen oder durch den Verzicht auf das Ständemehr bei aussenpolitischen oder allen Vorlagen – hätte im Moment an der Urne keine Chance und wäre auch aus staatspolitischen Gründen problematisch. Immerhin gibt es einige interessante Ansätze wie zum Beispiel die Neufassung des Ständemehrs durch eine Gewichtung der Kantonsstimmen nach der Kantonsgrösse.<sup>76</sup> Um aber eine Reform der direkten Demokratie in die Wege zu leiten, muss zuerst das Vertrauen des Volkes in die Regierung wieder steigen. Dazu könnte eine klare Linie des Bundesrates zur Europafrage – gepaart mit kompetenter und glaubwürdiger Information – ebenfalls behilflich sein.<sup>77</sup>

Wie die in dieser Arbeit zitierte Befragung über Europavisionen<sup>78</sup> aufzeigt, muss auch die inhaltliche Diskussion verbreitert werden.

---

<sup>76</sup> Siehe dazu zum Beispiel Möckli, Silvano (1994): Direkte Demokratie – am toten Punkt? Ein St. Galler Politologe möchte das "Weideland des Munis" neu abstecken. Tages-Anzeiger, 6. September. S. 2. Interessante Lösungsansätze in dieser Richtung – so verschiedene Varianten zur Beschränkung des Referendums – zeigen unter anderem auf: Borner, Silvio; Brunetti, Aymo; Straubhaar, Thomas (1994): Die Schweiz im Alleingang. Verlag NZZ, Zürich. Speziell S. 111-141. Die Autoren betonen die Notwendigkeit einer Reform der direkten Demokratie, sprechen aber nicht von möglichen Szenarien, wie solche Reformvorschläge heute mehrheitsfähig gemacht werden könnten. Schliesslich schlagen mehrere Exponenten ein sogenanntes "konstruktives Referendum" vor, bei dem die Gruppierung, die das Referendum ergreift, auch gleich einen Gegenvorschlag liefern müsste. Die Berner Kantonsverfassung enthält bereits eine ähnliche Klausel.

<sup>77</sup> Der Bundesrat setzte Ende Juni 1994 eine Sondersitzung zum Thema 'politischer Vertrauensverlust' an. Er meinte darauf zur Presse, dass er sich der Bedeutung der "kohärenten Zusammenarbeit" zwischen Bundesrat und Regierungsparteien bewusst sei und betonte die Notwendigkeit der Intensivierung der bundesrätlichen Kommunikationsstrategie. (NZZ, 24. Juni 1994, S. 13). Bundesrat Villiger rief beinahe gleichzeitig dazu auf, in Befolgung einer schon jahrhundertealten Gewohnheit Europa gegenüber weniger auf die Tradition der Abschottung und mehr auf die ebenso schweizerische Tradition der Offenheit zu setzen. Die Schweiz könne es sich nicht leisten, eine Insel in Europa zu werden, und müsse mit der bewährten Zusammenarbeit mit anderen weiterfahren. (Ansprache von Bundesrat Kaspar Villiger vor der Generalversammlung der Basler Handelskammer. In: NZZ, 27. Juni 1994, S. 15).

<sup>78</sup> Siehe S. 37.

Nicht nur der Weg nach Europa ist wichtig, sondern vor allem das Endziel: Wie soll dieses Europa einmal aussehen? Über die von Meier-Dallach / Nef identifizierten Visionen von Europa als ökologisch sensibilisierten und in möglichst eigenständige Regionen gegliederten Lebensraum könnten neue Mehrheiten geschaffen werden. Hier ist im übrigen – neben anderen gesellschaftlichen Gruppierungen – auch die aussen- und sicherheitspolitische Forschung aufgerufen, ihren Beitrag zu leisten und ihre Forschungsergebnisse in möglichst allgemeinverständlicher Form publik zu machen. Dadurch muss breiten Kreisen die Möglichkeit geschaffen werden, sich möglichst objektiv über die Chancen und Gefahren der europäischen Einigung zu informieren.

Die europapolitischen Gräben sind (noch) nicht so tief, als dass sie sich nicht mehr zuschütten liessen, die Kohäsion ist noch nicht unrettbar gefährdet. Die Geschwindigkeit des europäischen Einigungsprozesses ist allerdings hoch, ab 1. Januar 1995 sind alle anderen neutralen Staaten Europas Mitglieder der EU. Allzuviel Zeit für Information, Diskussion und Konsensfindung im "schweizerischen Tempo" bleibt nicht mehr.

## **Auswahlbibliographie**

Borner, Silvio; Brunetti, Aymo; Straubhaar, Thomas (1994): Die Schweiz im Alleingang. Verlag NZZ, Zürich.

Bundesrat, Schweizerischer (1990): Schweizerische Sicherheitspolitik im Wandel: Bericht 90 des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz. Bundesblatt 1990 III 847-904.

Bundesrat, Schweizerischer (1994): Bericht über die Aussenpolitik der Schweiz in den neunziger Jahren. Anhang: Bericht zur Neutralität. Bundesblatt 1994 I 153-242.

Buri, Christoph; Haltiner, Karl W.; Spillmann, Kurt R. (1991): Sicherheit 1991. Ergebnisse einer Repräsentativbefragung. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, 18. Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse, Zürich.

Cotti, Flavio (1994): Die Schweiz und Europa – Grundsätzliche Bemerkungen zu einer (noch) offenen Frage. *documenta*, 2/1994. S. 8-9.

de Weck, Roger (1994): Schweizer Innenbild – Schweizer Aussenpolitik: Mit den in Europa sind wir Eidgenossen vom Willen zur Ohnmacht beseelt: Ein Plädoyer gegen den Stillstand. *Tages-Anzeiger*. 20. Januar. S. 10-11.

Dütschler, Christian (1994): Der Einfluss des Alters auf das politische Verhalten. *Neue Zürcher Zeitung*. 15. Februar. S. 23.

- Gabriel, Jürg Martin (1994): Neutralität für den Notfall: Der Bericht des Bundesrates zur Aussenpolitik der Schweiz in den 90er Jahren. Beiträge und Berichte, 221. Institut für Politikwissenschaft an der Hochschule St. Gallen.
- Goetschel, Laurent (1994): Zwischen Effizienz und Akzeptanz: die Information der Schweizer Behörden im Hinblick auf die Volksabstimmung über den EWR-Vertrag vom 6. Dezember 1992. Haupt, Bern.
- Haltiner, Karl W. (1992): Zwischen Verharren und Aufbruch: Nationale Identität heute. Bulletin zur schweizerischen Sicherheitspolitik 1992. S. 11-31.
- Haltiner, Karl W.; Spillmann, Kurt R. (1994): Öffnung oder Isolation der Schweiz? Aussen- und sicherheitspolitische Meinungsbildung im Trend. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, 32. Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse, Zürich.
- Hoesli, Eric (1992): Kann Europa die Schweiz sprengen? In: Sonderfall? Die Schweiz zwischen Reduit und Europa. (Hg.: Leimgruber, Walter; Christen, Gabriela) Schweizerisches Landesmuseum, Zürich. S. 91-100.
- Klöti, Ulrich; Schloeth, Daniel (1994): Univox-Bericht IIA/1993: Staat. GfS-Forschungsinstitut; Forschungsstelle für politische Wissenschaft der Universität Zürich. (erscheint jährlich)
- Koller, Arnold (1994): Die Bedeutung des Europarechtes für die Schweiz: Festansprache aus Anlass des 30jährigen Bestehens des Instituts für Europarecht an der Hochschule St. Gallen. 15. September 1994.
- Kreis, Georg (1993): Die Schweiz unterwegs: Schlussbericht des NFP 21 "Kulturelle Vielfalt und nationale Identität". Helbing und Lichtenhahn, Basel.
- Kreis, Georg (1994a): Eine Lobby für die Aussenpolitik? Staatsbürger, 2/1994. S. 23.
- Kreis, Georg (1994b): Wer ist das Schweizervolk? Noch ein Nachwort zum jüngsten Urnengang. Neue Zürcher Zeitung. 11. Juli. S. 15.
- Kriesi, Hanspeter; Longchamp, Claude; Passy, Florence et al. (1993): Analyse des votations fédérales du 6 décembre 1992. GfS-Forschungsinstitut; Universität Genf.
- Ladner, Andreas; Meuli, Urs (1994): Die Volksabstimmung vom 12. Juni 1994 über das Bundesgesetz vom 18. Juni 1993 über schweizerische Truppen für friedenserhaltende Operationen (Blauhelme). Eine Analyse der Abstimmungsergebnisse in sämtlichen Gemeinden der Schweiz. (Kleine Zürcher Gemeindestudien.) Soziologisches Institut der Universität Zürich.
- Langenbacher, Heinz; Schweizerische Gesellschaft für Aussenpolitik (1994): Braucht die schweizerische Aussenpolitik eine Lobby? Staatsbürger, 2/1994. S. 21-22.

- Leimgruber, Walter (1992): Die Schweiz zwischen Isolation und Integration. In: Sonderfall? Die Schweiz zwischen Reduit und Europa. (Hg.: Leimgruber, Walter; Christen, Gabriela) Schweizerisches Landesmuseum, Zürich. S. 19-33.
- Longchamp, Claude (1991): Politisch-kultureller Wandel in der Schweiz. In: Staatsbürger oder Untertanen? (Hg.: Plasser, Fritz; Ulram, Peter A.) Lang, Frankfurt am Main. S. 49-101.
- Longchamp, Claude; Kraut, Peter; Raymann, Ursula (1994): Unterstützung von Bundesrat und Verwaltung. Wandlungen im Verhältnis von Bürgerschaft und Regierung in der Mitte der neunziger Jahre als Herausforderungen an eine offene Staatstätigkeit. GfS-Forschungsinstitut, Adliswil.
- Meier-Dallach, Hans-Peter (1988): Die Schweiz zwischen Traditionalität und Modernität. Zur politischen Kultur der Schweiz. In: Die Schweiz. (Hg.: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg) (Kohlhammer Taschenbücher. Der Bürger im Staat, 1083.) Kohlhammer, Stuttgart. S. 100-128.
- Meier-Dallach, Hans-Peter; Nef, Rolf (1990): Nationale Identität – ein Fass ohne empirischen Boden? Cultur Prospectiv, Zürich.
- Meier-Dallach, Hans-Peter; Nef, Rolf (1994): Europabilder und die Vision des Kleinstaats Schweiz: Befürchtungen und Wünsche der Schweizerinnen und Schweizer. Nationales Forschungsprogramm 28, Synthesebericht 12. Schweizerischer Nationalfonds, Bern.
- Melich, Anna (Hg.) (1991): Les valeurs des Suisses. Lang, Bern.
- Möckli, Silvano (1994): Direkte Demokratie: Ein Vergleich der Einrichtungen und Verfahren in der Schweiz und in Kalifornien, unter Berücksichtigung von Frankreich, Italien, Dänemark, Irland, Österreich, Liechtenstein und Australien. (St.Galler Studien zur Politikwissenschaft, 16). Haupt, Bern.
- Riklin, Alois; Möckli, Silvano (1994): Nichtmilitärische Bedrohung und Verteidigung im Urteil der Schweizerinnen und Schweizer. (Beiträge und Berichte des Instituts für Politikwissenschaft an der Hochschule St. Gallen, 216/1994). (erscheint jährlich)
- Stämpfli, Regula (1992): Politische Kultur im Wandel: Eine Sekundäranalyse der Qualitativstudie. Forschungszentrum für politische Wissenschaft der Universität Bern. Unveröffentlichte Studie.
- Tschäni, Hans (1975): Demokratie auf dem Holzweg: Bemerkungen zur helvetischen Dauerkrise. Artemis, Zürich.
- Vatter, Adrian; Kummer, Lorenz; Hug, Daniel (1994): Ein Blauhelm-Graben zwischen Reich und Arm. Der Bund, 15. Juni. S. 2.
- Wernli, Boris; Sciarini, Pascal; Barranco, José (1994): Vox-Analyse der Abstimmungen vom 12. Juni 1994. Vox-Analysen. GfS-Forschungsinstitut; Abteilung für politische Wissenschaften der Universität Genf.

Widmer, Thomas; Buri, Christoph (1992): Brüssel oder Bern: schlägt das Herz der "Romands" eher für Europa? In: Schweizerisches Jahrbuch für politische Wissenschaft, 32. Haupt, Bern. S. 363-388.

Wyss, Werner (1993): Trend Report 93: Bricht die Schweiz auseinander? Analyse des Auseinanderdriftens der deutschen, französischen und italienischen Schweiz. Konsequenzen für das Marketing. DemoSCOPE Market Research, Adligenswil.

Forschungsstelle für Sicherheitspolitik, Zürich 1994.

**Bulletin 1994**  
**zur schweizerischen Sicherheitspolitik**

edited by  
Kurt R. Spillmann

Online version provided by the  
International Relations and Security Network

A public service run by the  
Center for Security Studies at the ETH Zurich  
© 1996-2004

